

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

234 (6.10.1928)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Preisnachlässe bei Abnahme von 100 Zeilen aufwärts. Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 8 Pfennig. Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 4 Pfennig. Bei Überholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtabnahme des Zeitungspreises, bei geschäftlicher Zerschlagung und bei Ausfall der Druckerei in Kraft tritt. • Erklärungs- und Geschäftsstellen 14 Karlsruhe i. B. • Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikfeste / Sport und Spiel / Heimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenclub

Bezugspreis monatl. 2.50 RM. • Ohne Zustellung „20 RM.“ • Druck: 2.667
Einzelpreis 10 Pf. • Samstags 15 Pf. • Erscheint 6 mal wöchentlich
vormittags 11 Uhr • Postbezugspreis 2050 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020 und 7021 • Postfach 211 • Durlach, Westend-
straße 22. Baden-Baden, Friedrichstraße 28. Rastatt, Friedhofsallee. Offenburg, Gassestraße 24

Nummer 234

Karlsruhe, Samstag, den 6. Oktober 1928

48. Jahrgang

Die Knechte Moskaus

Jämmerliche Abhängigkeit der KPD / Befehl für den Fehler Thälmann

Es gibt ein erschütterndes Bild von Sacha Schneider: Abhängigkeit! Der Mensch mit gebeugtem Rücken, mit schlaff herabhängenden Armen, mit Ketten, zwischen den Fängen eines Ungeheuers, das ihn belauert und jeden Augenblick erdrücken kann. Ein erschütterndes Gemälde der Knechtschaft und der Hoffnungslosigkeit.

Dieses Bild erinnert uns an die Lage, in der sich die kommunistischen Parteien den roten Herren in Moskau gegenüber befinden. Sie haben keinen freien Willen, sie sind willenlose Knechte. Belauert und ausgeliefert, ohne jede Hoffnung, daß sie jemals nach eigener freier Entscheidung handeln könnten. Zu dem Wesen des echten Kommunisten gehören zwei Dinge: Die Unerbittlichkeit und die Arroganz gegenüber den Nichtkommunisten, der absolute blinde Gehorsam gegenüber den Oberen. So wünschen sich die Herrenmenschen des Kapitalismus jene Proletarie, die als ihre Knechte zwischen ihnen und den Arbeitern stehen sollen. Frech, anmaßend, hochmütig gegenüber den Arbeitern, hochmütig gegenüber den Vorgesetzten! Die deutschen kommunistischen Führer von heute sind das treue Abbild dieses kapitalistischen Wunschbildes. Wenn sie aporkieren sollen, dann aporkieren sie, wenn ihnen befohlen wird; furch dich, dann furch dich, und wenn sie nicht mehr bequem sind, bekommen sie einen Tritt!

Damit Massen und Führer der Kommunisten in Europa sich nicht einbilden, sie wären etwas und dürfen etwas, zieht Moskau die Fingelkraft. Es schlägt neuerdings auf die tschechoslowakische kommunistische Partei. Sie ist die stärkste Partei der kommunistischen Internationale. Das kommt daher, daß sie über ein bedeutendes sozialdemokratisches Erbe verfügt. Das ist es, was Moskau den tschechoslowakischen Kommunisten vorwirft! Ueber ihren Parteiposten ist ein Schreiben niedergegangen, nämlich jenen Brief, der nach der sogenannten Oktoberrevolution vom Jahre 1923 über die deutschen Kommunisten erging. Sie haben die Einheitsfront falsch verstanden. Sie haben die Massen in der Aktion allein gelassen. Sie haben beim sogenannten roten Tag versagt. Mit anderen Worten: Sie haben nicht eifrig genug an der Verschlagung der Gewerkschaften gearbeitet und haben nicht Sorge dafür getragen, daß Arbeiterblut in den Straßen von Prag geflossen ist. Eine Führergarnitur wird abgelehnt, an der Spitze Viktor Stern, einer der bekanntesten tschechoslowakischen kommunistischen Führer. Die kommunistischen Mitglieder, sie haben nichts zu sagen. Man weiß in Moskau was ihnen kommt. Sie selbst wissen es nicht!

Die Zentrale der deutschen kommunistischen Partei hat einen Anfall von Selbständigkeit erlitten. Sie hat Thälmann, ehe sie ihn nach Moskau sandte, seiner Funktionen entbunden. Schon das war zuviel! Stalin hat gefächelt, und die deutsche Zentrale hat aporkiert, was er wünscht. Die Zentrale hat Befehls gemäß beschloffen: Thälmann soll in der Führung der Partei bleiben. Jede Distinktion über den Fall Thälmann ist ein auschlusswürdiges Verbrechen! Die Sorge um die Bekämpfung

der Korruption und die Reinheit der Partei — das geht deutsche Kommunisten nichts an. Moskau entscheidet, was gut und böse; ihnen bleibt nur, den Spruch von Moskau in Ergebenheit und Abhängigkeit hinzunehmen und anzubeten.

Die Kraft der modernen Arbeiterbewegung ruht auf der inneren Freiheit des einzelnen Arbeiters auf dem gefestigten Bewußtsein der persönlichen Verantwortung gegenüber der Klasse und dem Volk, auf dem am tiefsten wurzelnden, wahrhaft demokratischen Empfinden. Wer in der Arbeiterschaft nur eine rohe, formlose und hilflose Masse sieht, wer sie als abhängige, würdelose Knechte behandelt, der dient nicht der Befreiung der Arbeiterklasse, sondern der Verewigung der Knechtschaft. Abhängige können niemals Soldaten der Freiheit sein!

Das Reichsorgan des Leninbundes teilt unter der Ueberschrift „Für die Korruption“ folgendes mit:

„Bevor sich Thälmann auf die Reise nach Moskau begab, hat er an seine Funktionäre und Anhänger im Reich ein Fraktions-Kundschreiben gerichtet, in dem unter heftigsten Anarissen auf Ewigt die Anhänger aufgefordert werden, gegen die Beschlüsse des Zentralkomitees wegen der Fraktionsenthebung zu protestieren und die Rehabilitierung Thälmanns durch die Zentrale zu verlangen. Vor allem sollten alle etwaigen Absichten auf Zwangsaufenthalt in Rußland, vor dem Leddo Manichetten hat, durchkreuzt werden durch Protesttelegramme, Resolutionen usw. Die dem Befehl sind die Thälmannleute prompt nachgekommen, und das Offizier- und Unteroffizierskorps des „Roten Frontkämpferbundes“ hat den Befehl ihres „Generals“ sofort ausgeführt. Seit einigen Tagen laufen in Moskau vom „Roten Frontkämpferbund“ Telegramme ein, die die sofortige Rückkehr verlangen. Er ist unabhömmlich. Wenn er zurückkomme, sollte zu seiner Ehre eine große Demonstration veranstaltet werden. In dieser Weise berennen die Thälmann-Funktionäre des „Roten Frontkämpferbundes“ das Zentralkomitee der Partei, dessen Zentrifuge es vor der Antündigung von Demonstrationen mit der Angst zu tun bekommen. Die Ewertgruppe will Thälmann im Zentralkomitee belassen, aber ihn vorläufig in Moskau wissen, bis sich die Mitgliedschaft beruhigt habe. Der Clignenkampf in der Parteibürokratie hat mit aller Schärfe eingeleitet. Einer beschuldigt den anderen, Thälmann „verraten“ zu haben. Eine jeder Beschuldigung spottende Verwirrung innerhalb der Parteiführung hat Platz gegriffen. Die kommunistische Presse täuscht nach außen Klassenbewußtsein vor, in ihren eigenen Redaktionen herrscht Kosenjammer. Thälmanns Antündigung von Entbüllungen über seine bisherigen nächsten Freunde, hat diese ebenfalls zu der Drohung veranlaßt, mit weiteren, idwer belästigendem Korruptionsmaterial gegen Thälmann herauszukommen.“

Das linkskommunistische Organ fügt dem hinzu, die „Roten Frontkämpfer“ würden sich selbst belästigen, wenn sie einen Appell zu Demonstrationen für einen Arbeiterbetriebsrat und Sebler von unterliegenden Parteigeldern Gefolgschaft leisteten.

Aufgewertete Leibeigenschaft?

Gelehtentwurf gegen unberechtigte Standesherrnforderungen

Berlin, 5. Okt. (Eis. Draht.) Ein Gelehtentwurf über die Wertsetzung und Abfindung von älteren Staatsrenten wird, wie der sozialdemokratische Pressedienst erfährt, das Reichskabinett noch in diesem Monat beschließen. Das Geleht erstrebt eine Abfindung der sogenannten landesherrlichen Rentenansprüche an die Länder, die von der Bürgerblutregierung zwar wiederholt zugelassen, aber niemals ernsthaft in Angriff genommen und darum auch niemals erledigt worden ist.

Das Reichsjustizministerium hat sich in seinem Entwurf die Vorläufe der preussischen Regierung zu eigen gemacht, die von der Bürgerblutregierung unter Führung des deutschnationalen Justizministers betrat immer und immer wieder abgelehnt worden sind. Er schlägt im allgemeinen eine Aufwertung von 8 Prozent vor. Als nicht aufwertungsabhängig sollen Leibeigenschaft und Sobelrenten gelten. Die Eigenchaftsrenten sollen bis zu 25 Prozent aufgewertet werden können, wenn Verpflichtungen aus Kubegebühren gegenüber Personal nachgewiesen werden. In besonderen Fällen kann eine Aufwertung bis zu 40 Prozent erfolgen. Diese Aufwertungsätze sollen unter Umständen gestattet werden, wenn aus der Rente eine kulturhistorische oder gemeinnützig wertvolle Anlage (Schloß oder Park) befristet wird.

Vor dem kritischen 7. Oktober

Polizeimaßnahmen

Wien, 5. Okt. Die Vorbereitungen zur Sicherung des rühmlichen Verkaufes des 7. Oktober dehnen sich nicht nur auf Wien aus, sondern auch auf Wien. Für Sonntag ist eine allgemeine Bereitschaft der Wiener Polizei vorgesehen. 1350 Mann werden militärisch ausgerüstet und in einem Gebäude in der Nähe des Regierungsgebäudes zusammengezogen. Reiterpatrouillen und

Wir erwarten, daß der Gelehtentwurf so ausfällt, daß er im Interesse der breiten Volksmassen verantwortet werden kann. Die schnelle Verabschiedung dieser Vorlage ist notwendig, nachdem das Oberlandesgericht in Frankfurt erst kürzlich wieder in einem Aufwertungsprozeß der freiherrlichen Familie v. Preußgen, der aus einer Leibeigenschaftsrente hergeleitet wird, 100 Prozent Aufwertung genehmigt und das Urteil gegen den preussischen Staat als vollstreckbar bezeichnet hat. Der Fall steht augenblicklich vor dem Reichsgericht. Andere Gerichte haben ähnliche Fehlurteile gefällt. Mit dieser Gerichtspraxis muß aufs entschiedenste gebrochen werden. Es darf nicht erlaubt zu einem Standal wie bei der Fürstenabfindung kommen. Wir erleben es heute am Treiben der reaktionären Verbände usw., wozu das Geld, das man der Reaktion in den Schoß wirft, verwendet wird. Die Republik darf nicht mit den einem verarmten Volk ausgepreßten Geldern ihre Feinde subventionieren. Wenn irgendwo gespart werden kann, dann hier. Kein Pfennig darf den Standesherrn zu unrecht gegeben werden. Wir sehen und erleben es täglich, welche Not in weitesten Volkskreisen herrscht, wie das Geld auch heute noch dieselbe umgeht. Deshalb keinen Pfennig für persönliche Entschädigung an eine Schicht, die auch heute noch keine Ahnung über die Lage der breiten Volksmassen hat und bekanntermaßen mit Undank zahlte, was man ihr alles gegeben.

Polizei zu Fuß werden alle Bezirke abstreifen und in den Hauptstraßen sollen außerdem stehende Patrouillen an gezeichneten Plätzen aufgestellt werden. Von der Polizeidirektion ist ein entsprechender Nachrichtendienst eingerichtet, um die Verteilung von beunruhigenden Nachrichten zu verhindern.

Bevorzugte des Großkapitals

Wie aus Odenburg gemeldet wird, haben mehrere Depotsinhaber bei Wiener-Neustädter Banken ihre Einlage nach Odenburger Geldinstituten überwiefen.

Das Waffenbündnis Sowjetrußland / Reichswehr

Dokumente aus den Reichswehrkräften

Von Franz Künzler, M. d. R.

Die Zusammenarbeit zwischen Sowjetrußland und deutscher Reichswehr kann durch Dokumente zweifelsfrei belegt werden. Diese Zusammenarbeit begann damit, daß die Reichswehr in Instanzen der Firma Junkers nahelegte, eine Flugzeug- und Motorenfabrik in Rußland zu errichten, es folgte dann der Aufbau wichtiger Zweige der Rüstungsindustrie in Rußland, u. a. wurde darauf eine Gichtgasfabrik in Troj in Gouvernement Samara errichtet und die Reichswehr mit ungeheuren Mengen Munition beliefert, die in Sowjetrußland hergestellt wurden.

Schon im Herbst 1921 wünschte das Reichswehrministerium aus militärischen Gründen die sofortige Schaffung einer Luftflotte. Nach Erledigung der Verhandlungen kam es im Frühjahr 1922 zu einem Geheimvertrag mit der Firma Junkers. Dieser Vertrag hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 15. März 1922.

Zwischen der Sondergruppe und der Firma A. A. wird folgender Vertrag abgeschlossen:

§ 1. Die Firma A. A. verpflichtet sich sofort nach Vertragsabschluss mit der A. A. die Fabrikation von Rüstern in A. in einem dem zur Verfügung stehenden Kapital entsprechenden Umfang auszuführen. Sie wird dem A. A. unternehmen unter im einzelnen noch festzulegenden Bedingungen ihre gesamten Erfahrungen zur Verfügung stellen und die besonderen Wünsche der Sondergruppe bei Anfertigung der Fabrikation, bei Verbesserung und Vervollständigung der Fabrikation, bei Lieferung von Ersatzteilen berücksichtigen.

§ 2. Die Firma A. A. verpflichtet sich, in ihren Leipziger Betrieben, in weiterem Umfang jetzt schon die begonnenen Vorbereitungen für die Aufnahme der A. A. Fabrikation fortzusetzen und ihre übrigen Aufträge demgegenüber zurückzustellen.

§ 3. Die Sondergruppe bezahlt in den nächsten Tagen an die Firma A. A. den Betrag von vierzig Millionen Papiermark zur freien Verfügung der Firma A. A. unter Vorbehalt auf jeden Anspruch auf Rückzahlung. Die Firma A. A. wird diese Summe zur Verfügung der ihr aus diesem A. A. Unternehmen erwachsenden Betriebskosten benutzen.

§ 4. Die Sondergruppe hält ab 1. April 1922 die Summe von hundert Millionen Papiermark die ausschließlich als Betriebskapital des A. A. Unternehmens dienen sollen, zur Verfügung.

Aus dieser Summe können nach jeweiliger Vereinbarung zwischen dem Generaldirektor und einem von der Sondergruppe zu bestimmenden Herrn jederzeit Beträge abgerufen werden. Eine Rückzahlungsverpflichtung besteht nicht, jedoch soll über diese Beträge der Sondergruppe gegenüber, Rechnungslegung erfolgen.

§ 5. Nach Abschluß des Vertrages mit der A. A. ist zwischen der Sondergruppe und der Firma A. A. ein neuer Vertrag zu schließen, in dem die Verpflichtungen der Firma A. A. nach § 1 des vorliegenden Vertrages näher festgelegt werden.

§ 6. Für die Firma A. A. agiert Siassefeldt. Dieser Vertrag ist das erste schriftliche Dokument über die Zusammenarbeit zwischen Sowjetrußland und der deutschen Reichswehr. Was er bedeutet, geht aus dem Schriftsatz hervor, den der Geheime Regierungsrat, Ordentlicher Professor der Rechte, Dr. Otto Schreiber in Königsberg als Anwalt der Firma Junkers in der Streitfrage gegen das Reichswehrministerium wegen Schadenersatz eingereicht hat; hier ist der Schlüssel des Vertrages vom 15. März 1922 mitgeteilt. Er lautet:

„Sondergruppe ist Reichswehrministerium, Firma A. A. ist Professor Junkers, A. A. ist russische Regierung, Rüstern heißt Flugzeuge, Generaldirektor ist Prof. Junkers, Siassefeldt ist Sachsenberg, Neumann ist Maj. Niedermayer, Leipzig ist Dessau.“

Die Reichswehr hatte also für diese spezielle illegale Tätigkeit in Sowjetrußland eine ganze besondere Abteilung abgeteilt, die unter dem Decknamen „Sondergruppe“ — „S.G.“ arbeitete. In dieser Sondergruppe waren tätig u. a. der inzwischen verstorbene General Wurzbach, der damals eine führende Stelle im Waffenamt der Reichswehr hatte, sowie der General Hasse. Als bevollmächtigte Vertreter fungierten u. a. ein Hauptmann Voigt, ein Hauptmann Fischer und die ehemaligen Hauptleute von Niedermayer und Tschunte.

Ueber die Motive dieser Zusammenarbeit besteht kein Zweifel. Am klarsten hat sie Oberstleutnant Schubert formuliert in einem Brief aus Moskau an Prof. Junkers vom 8. November 1922:

„Den auf nationalen Erwägungen beruhenden eigentlichen Anlaß darf man nicht sagen. Er wird vielleicht mit der Zeit durchsichtbar.“

Die deutsche Reichswehr in Moskau

Der Geheimvertrag zwischen Junkers und der Reichswehr wurde im Reichswehrministerium in der Bendlerstraße unterzeichnet, und zwar mit den falschen in Rußland geführten Namen. Aus den gleichen Geheimhaltungsgründen haben sich die Reichswehroffiziere auch nicht geseht, mit falschen Pässen nach Rußland zu reisen.

Wie eng die Zusammenarbeit zwischen Bolschewisten und Reichswehr war, geht schlagend aus der Vorgeschichte des Geheimvertrages hervor. Im Schriftsatz des Geheimrat Schreiber heißt es darüber:

„... d) Im Dezember 1921 wurde eine gemischte Kommission, bestehend aus den Herren Major a. D. v. Niedermayer und Oberst-

Leutnant Schubert für das Reichwehrministerium, Spalod und Sachsenberg für Prof. Junfers nach Moskau entsandt, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen und gegebenenfalls ein vorläufiges Abkommen mit den Russen zu schließen...

Vor seiner Ausreise nach Moskau hatte der später vom Reichwehrministerium nachgeordnete Direktor Pöhl am 28. 1. 1922 mit Prof. Junfers in Berlin eine Unterredung, bei der er ausdrücklich nochmals versicherte, daß nach Angabe des General Haffe die finanzielle Frage vollkommen zur Zufriedenheit von Prof. Junfers geregelt werden würde.

In Moskau verlangten dann die Russen ein schriftliches deutsches Angebot unter Angabe der Höhe des reinen Betriebkapitals, welches außer den fabrikatorischen Einrichtungen dort zur Verfügung stehen würde. Die Herren Dr. v. Niedermaner und Direktor Pöhl erklärten darauf den Herren Spalod und Sachsenberg, daß sie Vollmacht hätten, als reines Betriebkapital 600 Millionen zuzusagen. Da Prof. Junfers die vorausgesetzlichen Kosten der Einrichtung im übrigen auf ca. 400 Millionen Mark angegeben hatte, entsprach das einer Zusage, in Rußland eine Milliarde Papiermark, das waren damals

21 Millionen Goldmark,

zu investieren, die entsprechende Offerte wurde darauf den Russen schriftlich mit den Unterschriften der Herren Dr. v. Niedermaner, Sachsenberg und Spalod gemacht. Sie hat im weiteren Verlauf der Dinge eine große Rolle gespielt, weil sie für die Russen die unverrückbare Grundlage bot, auf der sie allein weiter verhandelten...

Beweis für die geschilderten Vorgänge, falls sie bestritten werden sollten:

Zeugnis: Direktor Pöhl, Hamburg, Kreuzerstraße 4; Oberleutnant Schubert, Berlin, Achenbachstraße 2, Major a. D. v. Niedermaner, Moskau (über Reichwehrministerium Berlin), Dr. Georg Ernst Reiol, Berlin-Dahlem, Tafelstraße 3, Dir. Paul Spalod, Dessau, Junfers u. Co., Dir. Gotthard Sachsenberg, Berlin-Schöneberg.

Schließlich ist es dann auch zu dem Abschluß eines Vertrages mit der russischen Regierung gekommen, so wie er von dem Reichwehrministerium im letzten Paragraphen des Vertrages im März 1922 gefordert worden war.

Kommunistisches Panzerkreuzer-Manöver mißglückt

Seitene Szene im preußischen Landtag

Im preußischen Landtag hatten die Kommunisten Recht, als der kommunistische Antrag auf Einsetzung Reichens gegen den Panzerkreuzerbau zur Verhandlung kam. Der Kommunist Capner begründete ihn mit großem Stimmenaufwand und den selbstverständlichen reichlichen Schimpftiraden auf die Sozialdemokratie. Aber die verunglückte Rettungsaktion für die verunglückte Volksbefragung amüsierte nicht einmal die Kommunisten selbst, die zum größten Teil den Saal verlassen hatten. Namens der Sozialdemokratischen Fraktion erklärte Abg. Köhler, daß sie den Panzerkreuzerbau bekämpft habe und weiter bekämpfen werde, weil in Deutschland gegenwärtig das Geld für weit dringendere soziale Aufgaben gebraucht würde. Immerhin lehnte es die Sozialdemokratische Landtagsfraktion ab, sich über ihre Stellungnahme zum Panzerkreuzer von den Herren Kommunisten, die jedes neu gebaute russische Panzerschiff bejubeln, zur Rede stellen zu lassen. Zur großen Erleichterung des ganzen Hauses legte Köhler kommunistische Photographien auf den Tisch, die man nicht anders als verrückt militärisch bezeichnen kann. Da demonstriert der 14. Internationale kommunistische Jugendtag mit dem Modell eines Panzerkreuzers für die Befreiung des Roten Russlands in Sowjetrußland, da steht man in Sowjetrußland Frauen im Schützenrocken ausgedübelt mit Gasmasken über und Instruktionsstunde am Gesicht abhalten.

Die Mut über diese Ufertigung war bei den Kommunisten so groß, daß sich der Abgeordnete Capner in keinem Schlusswort an der Plenarversammlung, einmal mit den Kanonen des neuen Panzerkreuzers, wenn er gebaut wird, mitten unter die Sozialdemokraten schießen zu können.

Der kommunistische Antrag wurde schließlich unter allgemeinem Gelächter abgelehnt. Die Panzerkreuzerfrage hat der Reichstag und kein Landtag zu entscheiden.

Gutes Verhältnis zwischen Tschchoslowakei und Deutschland

Im Außenministerium hat Außenminister Beneš gelegentlich einer Anfrage über das Verhältnis der Tschchoslowakei zu Deutschland geäußert. Das Verhältnis zu Deutschland sei gut und freundschaftlich.

Der Kurier der Jarin

Roman von Sir John Galsworthy, D. J. (Copyright 1928 by Wilhelm Goldmann, Verlag, Leipzig.)

11 Brenken sah sich vorsichtig um. Niemand beobachtete ihn. Die Stadt wimmelte von Arbeitern. Allerhand Gesindel trieb sich unter ihnen umher, mischte sich geschickt unter diese Männer, die nichts mit ihnen gemein hatten. Es war klar, daß Brenken so reich wie möglich den verräterischen Anzug des französischen Vertrauten der Tänzerin loswerden mußte. Aber wie?

Sein Blick fiel auf die Lokalfachrichten der Zeitung: „Die bekannte Tänzerin Lu de Los gibt heute den ersten Maskenball. Er verspricht eine Sensation zu werden. Eine Reihe vielgenannter und berühmter Persönlichkeiten hat ihr Erscheinen zugesagt.“

Unwillkürlich schüttelte Brenken den Kopf. Hier überall geheimnisvolle Vorbereitungen, die auf Rebellion deuten, dort ein Maskenball...

Er stand vor einem eleganten Hause. Ein Lächeln huschte über sein Gesicht. Donnerwetter! Daß mir das erst einfallt — natürlich — Elogenreen wird mir helfen!

Er drückte sich über die Pflanzentreppe. Im ersten Stock hing ein blitzendes Schild an der Tür:

Rittmeister Elogenreen.

Brenken klingelte. Ein Burche öffnete. Der wollte den vermeintlichen Stroh als wieder fortjagen. Aber Brenken rief laut nach dem Finkländer und setzte in französischer Sprache hinzu: „Ein Freund... in Not... komm rasch!“

Drinnen ging eine Tür. Silberne Sporen klangen. Elogenreen kam — frisch rasiert, rosig, geküßt in eine Wolke von Parfüm, schön wie ein junger Gott. Er hatte den Kameraden eine Weile an, dann erkannte er ihn. Ein flüchtiger Blick auf den Burchen. „Kommen Sie herein!“ rief er barsch.

Drinnen in dem eleganten Junggefellenszimmer, das nach orientalischen Zierratzen duftete, umarmte Elogenreen den Freund.

„Brenken... Junge, Kamerad... ich habe deine Geschichte schon in den Zeitungen gelesen... famos hast du das gemacht... Kann mir natürlich denken, was dich hierher führt. Meiner Hilfe bist du sicher. Verfüge über mich! Du siehst aus wie der geborene Stroh. Willst die Kleider wechseln?“ Er geht in sein Ankleidezimmer und zieht dem Freunde in buntem Durcheinander ein bla-

Vor 50 Jahren

Vor dem Ausnahmegesetz

Schwindelhafte Berichte über Bebel

Auswärtiges Amt. Berlin, den 6. April 1878.

Seiner Excellenz dem Königl. Staatsminister und Minister des Innern Herrn Grafen zu Eulenburg

Nach einer zuverlässigen Mitteilung aus Paris hat der Reichstagsabgeordnete Bebel sich keineswegs, wie Deutsche Zeitungen gemeldet hatten, nur zu gewerblichen Zwecken dorthin begeben, sondern sich mit den Französischen Häuptern der Internationale in Verbindung gesetzt und hilft ihnen mit Geldmitteln aus, an denen es demselben sehr mangelt, während Bebel reichlich damit versehen ist. Welchen großen Einfluß die Deutschen Sozialisten auf die übrigen Parteigenossen gewonnen haben, ist in den Verhandlungen des Genfer Kongresses hervorgetreten, deren Kenntnis ich einer zuverlässigen Mitteilung Ihrer Excellenz Herrn Vorgängers verdanke. B. Bism.

Am 15. April 1878 teilte der Berliner Polizeipräsident Madal dem Minister des Innern Grafen zu Eulenburg mit, daß die Meldung des Auswärtigen Amtes auf einem Irrtum beruhe. Bebel verbliebe gegenwärtig in Leizsig einen Strafrest von 4 Monaten und 14 Tagen. B. R.

Gegen amtliche Verdächtigungen der Sozialdemokratie

Hödel und die Sozialdemokratie

Die Motive zum ersten Sozialistengesetz erwähnten so nebenher, daß die pregeheulichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die in der Reichstagsession 1875/76 von der Regierung vorge schlagen wurden, nach dem Attentat Hödels auf den Kaiser wiederum in den Vordergrund getreten seien. Gegen diesen Vorwurf der Regierung, der Sozialdemokratie die Verantwortung für das Attentat des tranken und schiffbrüchigen Hödel aufzubürden, erhob sich selbst bürgerliche Blätter. So schreibt A. B. der Börsen-Courier am 21. Mai 1878:

„Die Motive erwähnen das Hödel'sche Attentat gegen den Kaiser als Ausfluß jener sozialistischen Agitation und als Ausgangspunkt für den Entschluß zur Einführung des Entwurfs. Wir bestreiten, daß das Verbrechen eines Wahnsinnigen in einem so wichtigen Attentat, wie es die Motive eines Gelehrtenverurteilten sind, so ganz nebenher und ohne jede eingehende Motivierung als Ausfluß einer Parteitagation bezeichnet werden kann. Selbst die Abneigung gegen die Sozialdemokratie, selbst die Feindschaft gegen ihre Ziele, wie gegen die Art und Weise ihres Vorgehens kann niemals als rechtfertigend, daß man sie für vogelfrei erklärt, daß man gegen sie festzusetzen beabsichtigt, der vornehmste Grund der Reichsregierung im modernen Staat, Gleiches Recht für alle sollte für sie allein keine Geltung haben.“ B. R.

Die Sozialdemokratie tritt auf das Sozialistengesetz

Als 1890 das Sozialistengesetz fiel, wurde, wie überall, auch in Dresden ein kleines Fest der Funktionäre veranstaltet. Ein großes Gruppenbild vereinte alle auf einer photographierten Anhöhe. Links und rechts ein Felsblod mit den Jahreszahlen 1878 und 1890. In der Mitte vorn auf dem Boden liegt das geschwollene „Sozialistengesetz“. Genosse Mathes war dazu bestimmt, mit dem Fuße endgültig darauf zu treten.



Die sozialdemokratische „Räuberbande“

Der folgende Brief, den Bismarck am 12. August 1878 an Ludwig II. schrieb, ist sehr bemerkenswert für die Einschätzung der Sozialdemokratie durch den Reichszustler: „Das Anwachsen der sozialdemokratischen Gefahr, die jährliche Vermehrung der bedrohlichen Räuberbande, mit der wir gemeinlich unsere größeren Städte bevölkern, die Verlagerung der Unterführung gegen diese Gefahr von Seiten der Mehrheit des Reichstages drängt schließlich den deutschen Fürsten, ihren Reitermännern und allen Anhängern der haassüchtigen Ordnung eine Soldatentour durch die Provinzen der Deutschen Reiches einzulassen und entschlossen zu bleiben, wie sie es angemessen ist.“ Schon laucht in Bismarcks Kopf der Plan eines Staatsstreiches gegen den Reichstag auf: denn wahrlich deutlich genug sprechen die folgenden, an Ludwig II. gerichteten Zeilen: „Der Zweck des Deutschen Reiches ist der Reichstags; die parlamentarische Tätigkeit ist bei Stiftung des bestehenden Bundes der Fürsten und Städte als ein Mittel zur Erreichung des Bundeszweckes, aber nicht als Selbstzweck aufgeführt worden. Ich hoffe, daß das Verhalten des Reichstages die verbündeten Regierungen der Notwendigkeit überleben wird, die Konsequenzen dieser Reichstagslage jemals praktisch zu ziehen.“

Bismarck suchte einem wahnsinnigen Könige einzureden, daß der Schutz des Reiches überhaupt in Gefahr wäre, daß gleichzeitig die sozialdemokratische „Räuberbande“ — hier kam er den verrückten Vorstellungen Ludwigs von der Sozialdemokratie auf Armeslänge entgegen — die direkte Sicherheit der Staatsbürger bedrohen würde. Wenn der Reichstag den Staatsbürgern diesen Reichstagsverweigerer, nun, dann kam eben die Notwendigkeit der Reichsregierung über dem Reichstag in Frage: die Befestigung des Reichsparlaments. B. R.

des Dubend Jostfalsche zu. Während sich Waldmar umsieht, erzählt er. Der Rittmeister hält den Rauch der Zigarette nachdenklich in die Luft.

„Reicht du, daß hier etwas losgeht? Ich muß in einer Stunde in der Kaserne sein. Die Volkswelt brauchen wieder Senge. Vielleicht können wir gleich ein Aufwaschen machen und den Kerent mit in die Peter-Pauls-Festung stecken.“

Brenken knüllt den schmutzigen Rock, den er eben abgelegt, zwischen den Fingern. Da raschelt Papier. Mit einem Ruck reißt er das Futter auf.

Ein Brief mit chiffrierter Schrift fällt zur Erde. Eine Frauenhandhüft... und Zeichnungen... Brenken birgt das sonderbare Dokument in der Eile in seinem Anzug, den er sich unter Elogenreens Garderobe ausgezogen hat. Der Rittmeister hat nichts von dem Zwischenfall bemerkt.

„Also, was gedienst du zu tun?“ fragte er, die Augen auf die Decke geheftet und der Länge nach in einem Schaulstuhle liegend.

„Ich will das Maskenfest von Lu de Los besuchen.“ Elogenreen wirft den Kopf herum, schaut ihn scharf an: „Du? Die goldene Lu?“ Er bricht in ein lautes Lachen aus.

„Du auch, Junge? Du auch? Sag, ist sie nicht goldig? Sieh? Er steht auf. Brenken, dieses Weib! Für diese Frau den Hals brechen, ist das nicht ehrenvoller als für den vomadifizierten Adopierten im Winterurlaub?“ So, so... denkt Brenken. Vorsicht! Er laßt gezwungen und gibt sich den Anschein, als zähle er auch zu den Verehrern der Tänzerin.

Elogenreen gibt ihm die Adresse einer Kleinbürgerin am Finnischen Bahnhof.

„Sie ist verschwiegen, Brenken. Keine Sorge! Sie wird denken... na, ist egal, was sie denkt!“

In diesem Augenblick fällt Brenkens Blick in den Spiegel. Er sieht ein weißliches Gesicht. Gesichtsmint, mit nadtem Hals und Brusttauch. Nach dreht er sich um, zu Lode erschrocken. Dort hinter der spanischen Wand, die er nicht beachtet hat, ist es verschwunden. Elogenreen sind keine Bestätigung:

„Das ist die Lola! Keine Angst, Junge! Lola ist ein liebes Mädchen. Komm heraus, Lola!“

Aber Lola verlieh ihr Versteck nicht. Elogenreen machte eine lässige Handbewegung und meinte zu Brenken im Hinausgehen: „Ein kleiner Revuepar! Man kann kein Ungeil nicht nur erkaufen, Kamerad. Wenn es so weitergeht, können wir nur noch Kellner oder Hochstapler werden. Denn dem neuen Regime auf die Dauer dienen —? Lieber Badewärter werden...“

In der Nähe des Finnischen Bahnhofes reißt sich Straße an Straße mit Mietskasernen, die die Arbeiter überbergen. Denn hier ist das Industrieviertel des nordischen Beneid. Hier glaubte Waldemar von Brenken vor Nachforschungen sicher zu sein.

Aber mitten in der Nacht wurde an seine Tür geklopft. Er fuhr, vollkommen angetaucht, hoch. Unten klang unterdrücktes Geschrei. Dann folgte ein Schub. Brutale Männertritte dröhnten auf dem Pflaster. In weiter Ferne vernahm man den schrillen Anstich eines gealterten Menschen.

Seit dem Sommer schon waren diese Zwischenfälle an der Tagesordnung. Seitdem der militärische Aufstand Kornilows niedergeschlagen worden war, verlor die provisorische Regierung Tag für Tag an Macht. Umsichtige Demonstrationen, bewaffnete Auseinandersetzungen waren an der Tagesordnung. Die Volkswelt als wenn in jedem Augenblick ansturmend.

Es klopfte noch einmal. Hastig und hoch unterdrückt, drückte er sich nach der Pforte.

Da pochte es zum drittenmal. Wie zur Antwort fiel unten wieder ein Schub, dem ein langgezogener Schrei folgte. Bieleicht war die Polizei einigen Wünderern auf die Spur gekommen. Waldemar sprang aus Fenster und sah hinab. Zwischen den schliefen Feilen der schwarzen Bäume war Licht. In den Straßen lag Schnee. Raube Männerstimmen schrien etwas, was der Offizier nicht verstehen konnte. Eine hellere angewohnte Stimme rief etwas darunter. Dann folgte ein schwerer Schlag, noch einer und Gelächter. Ein dumpfes Röheln drang bis herauf an das Ohr des Lauschenden.

Ein Verbredeln! Ein Mord! — Er ballte die Fäuste, daß die Nägel der Finger ins Fleisch drangen. Ein kaltschütter Mord. Sie jagten Menschen — und er stand hier als Zeuge und war hilflos. Jedes Lebenszeichen wäre Selbstmord. Er würde mit sich auch keine Klaffen verraten. Denn er hatte zwei Parteien zu Feinden: Die Regierunspartei und die Volkswelt. Sicher schwebten bereits beide nach ihm.

Er war so ertrock, daß er über dem wilden Schlags seines Herrsens das Hochen an der Tür vergaß. Da laste eine unterdrückte Stimme draußen:

„Definieren Sie, um Gottes willen, so hören Sie doch!“ Er ging langsam überlegend zur Tür. Eine Falle? Gesichtsbewegend nahm sein Gedächtnis noch ein schleichendes Geräusch auf, als ob man einen Körper über das Pflaster zog. Er lauchte mit anesalttem Atem.

Jemand stand vor seiner Tür. Wie war er überhaupit ins Haus gekommen? — Kerentfalschalten? Die würden mehr Rärm verursachen. (Fortf. folgt.)

Preußen am Verhandlungstisch

Die Koalitionswünsche der Deutschen Volkspartei
Berlin, 5. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hatte am Freitag eine kurze Unterredung mit dem Führer der Zentrumspartei des preussischen Landtags, Dr. Böhmer, und dem Führer der demokratischen Fraktion, Salbe, in deren Verlauf die von der Volkspartei gewünschte Umbildung der preussischen Regierung und die Verhandlungen des Kultusministeriums über das Kontraktat erörtert wurden.

Vor November dürfte es nach einer Information kaum zu positiven Verhandlungen kommen. So schnell, wie die Volkspartei es sich — plötzlich — denkt, scheitern die Verhandlungen. Auch wollen wir die Arbeitsweise der preussischen Volkspartei kennen. Deshalb, nur nicht so sehr drängeln!

Die Kontraktatverhandlungen

Berlin, 5. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag wird sich das preussische Kabinett mit dem Stand der Kontraktatverhandlungen: Die Kontraktatverhandlungen haben in diesen Punkten zu einem Ergebnis geführt, in einzelnen weniger wichtigen Fragen steht eine Verständigung noch aus. Einverständnis herrscht auf beiden Seiten darüber, daß die Schule in dem vom Vatikan erstrebten Kontraktat nicht einbezogen wird. Verhandlungen haben deshalb darüber in den letzten Monaten überhaupt nicht mehr stattgefunden.

Das preussische Kabinett wird sich am Dienstag in erster Linie mit der Frage beschäftigen, ob die bisherigen Vereinbarungen annehmbar sind, und wie die strittigen Punkte einer Lösung entgegengeführt werden können. Wir erwarten dabei als feststehend, daß bei den Verhandlungen der Bedürfnisse eines modernen Staates voll und ganz Rechnung getragen wird. In diesen Fragen ist stärkste Aufmerksamkeit am Platze.

Berlin, 5. Okt. Die demokratische Landtagsfraktion des preussischen Landtags erklärt zu den Kontraktatverhandlungen: Sie sind eine Anpassung an die heutigen Verhältnisse geboten, so wird die demokratische Landtagsfraktion im Besitze der Toleranz sich dem nicht widersetzen, wobei unbedingte Voraussetzung ist, daß die Kontraktatverhandlungen nicht beeinträchtigt werden. Von einer Behandlung der Schulfrage bei dieser Gelegenheit kann überhaupt nicht die Rede sein.

Nachtragsetat und Befoldungsordnung

Bürgerblockregierung hat die Ueberschüsse ausgebraucht
Im Reichsfinanzministerium wird ein Nachtragsetat für 1928 vorbereitet, der u. a. auch den durch die Befoldungsordnung vom Dezember 1927 notwendig gewordenen Stellenplan enthält. Dieser Nachtragsetat, mit dem sich das Reichskabinett schon in den nächsten Tagen beschäftigen wird, sieht im ersten Zusammenhang mit dem Reichsetat für 1929, der bis zum 1. November 1928 dem Reichsrat vorgelegt wird.

Die Beratungen über den neuen Reichsetat mit den Ressorts haben schon seit einiger Zeit abgeschlossen. Eine ganze Reihe von Ueberschüssen sind bereits im Druck. Schwierigkeiten bei der diesjährigen Etataufstellung haben sich dadurch ergeben, daß Ueberschüsse aus den vergangenen Etatsjahren nicht mehr vorhanden sind und Einnahmen aus Ueberschüssen, die in den letzten Jahren eine bedeutende Rolle gespielt haben, wegfallen.

Prüferei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten

In den Musterjahren in der Kaiser-Wilhelm-Strasse in Berlin fand Freitagabend eine Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt, in der Landtagsabgeordneter Kaufmann und Dr. Gohlschlag sprachen. Als sich ein kommunistischer Diskussionsredner meldete, wurde er, bevor er noch zu sprechen begonnen hatte, von der Bühne herabgezogen, und es kam im Saale zu einer Prüferei. In der Mäns und in der Alexanderstrasse hatten sich Menschenmengen angesammelt, die schließlich von einem starken Polizeiaufgebot zerstreut wurden, wobei einige Zwangsstellungen wegen Widerstandes vorgenommen werden mußten.

Die von Gogh-Ausstellung in der Kunsthalle

Von Dr. Kurt Marti

(Schluß)

Dann kommt van Gogh nach Paris, wo er die hellste Impressionistische Farbe kennen lernt, und sich mit Gauguin und Emile Bernard befreundet. Hatte er bisher in abgeschlossener Einsamkeit seinen Weg gesucht, so findet er nun im Zentrum der modernen Kunst maltechnische Ergründungen, die er als Notwendigkeiten aus dem eigenen Ausdruck sofort erkennt. Er ist einfach und einfach genug, um ganz von neuem zu beginnen. So hat er sich in die hellste Impressionistische Farbe hineingeworfen, und in den Anfängen seines Vernehmens unterliegt, unerschütterlich wird und Bilder malt, die technischen Verfahren nicht kennen. Nur kurze Zeit lebt er so im Banne der neuen Lichtführung. Schon in der mittleren Pariser Zeit ist ihm das, was er früher nur geahnt hatte, ihm die Farbe als Element, als lebendiger tiefster Gehalt zuteil geworden. Es handelt sich für ihn nicht mehr um Auseinandersetzung mit impressionistischem Erben, sondern um die Möglichkeiten des Gestalterischen überhaupt. Das beweist ein Stillleben der Sammlung Krüller vom Ende des Pariser Aufenthaltes, gelb in gelb gemalt, noch immer in floristischen Stellungen gerundet, aber von überzeugender Sicherheit der Komposition und leuchtender Festigkeit der Palette.

Zu dieser Zeit erfolgte anheimelnd die erste Attacke seiner Krankheit, die man als Schizophrenie erkannt hat. Sie hat die künstlerische Kraft nicht geschwächt und die Bilder nicht zum Spiegel kranker Visionen gemacht, sie hat nicht ausbleichend, aber doch wachsend seine Entwicklung beeinflusst, seine letzte, fast übermenschliche Steigerung, seine elementare Betretung mitbestimmt.

Es ist fast so, als wären durch sie alle Hemmnisse geschwunden, als stünde er jetzt fest und empfänglich im Unmittelbaren, das sich durch ihn farblich und plastisch zu offenbaren und zu gestalten scheint. Im Schicksalhaften seiner Erkrankung, wie wir es verstehen, liegt etwas von der Notwendigkeit einer tragischen Erfüllung.

Diese ereignet sich in Arles, wohin er im Februar 1888 überzieht. Wie mit einem Schlag wird der Pinselstich breit und frei, die Farbe stark und rein. Ich verfolge kein System beim Malen, ich habe auf die Leinwand in regellosen Strichen, und lasse sie stehen. Ich suche in der Zeichnung das Wesentliche zu fassen. Dann fällt ich die durch Kontur begrenzten Flächen, ob sie nun gefüllt sind oder nicht (empfangen sind sie jedenfalls), mit vereinfachten Linien aus. Die farbigen Kontaste werden lebhafter, die Raumgestaltung dehnt sich, die brennende Intensität der Farbe heizt sich, werden, sie ist heiß und allüber in ihrer Einfachheit, verdichtet zum wesentlichen Gehalt, zum „mythischen Effekt“, wie er selbst genannt hat.

Von Gogh ist übermächtig gewacht, malt arbeitssüchtig bis zur

Die entlarvte Entwaffnungskomödie

Bestürzung über die neuen Flottentompromiss-Entschüffungen

Die von uns gestern bereits wiedergegebene Veröffentlichung von Teilen der englisch-französischen Korrespondenz, die dem Abschluß des Flottentompromisses vorausging, hat in Pariser Kreisen beträchtliche Bestürzung hervorgerufen. Die Echtheit der Veröffentlichungen des Echo de Paris wird dabei nicht bestritten.

Der Temps erklärt am Freitagabend in gewundenen Ausdrücken lebhaft, daß der Flottentompromiss durchaus friedlichen Zwecken diene und gegen keine Macht gerichtet sei. Das Blatt vermerkt es dabei sorgfältig, auf den Bericht Englands auf künftigen Widerstand gegen die französischen Vorbrüstungen mit einem Wort einzugehen.

Der Soir faßt seinerseits das Ergebnis der Veröffentlichungen des Echo de Paris dahin zusammen: „Frankreich läßt England freie Hand auf dem Meere unter der Bedingung, daß England Frankreich freie Hand auf dem Lande läßt. Damit diesem Kompromiss wird die Seefriedensorganisation Großbritanniens inhaft und die französische Militäroranikation bleibt vor jeder Drehung bewahrt. Das Ganze nennt man Entwaffnung.“

Briands Konzessionen an den Papst

Abgeschwächte Laiengefetzgebung gegen außenpolitisches Entgelt

Paris, 5. Okt. (Eig. Draht.) Die Kammerstimmung, die die von der Regierung beschlossene Änderung der Laiengefetzgebung in weiten politischen Kreisen hervorgerufen hat, kann kaum als allseitiges Beispiel zum Wiederaufkommen der Kammer gelten. Sie dürfte in der Tat für das Kabinett der nationalen Einheit gleich im Beginn der neuen Session zur entscheidenden Kraftprobe werden. Es wird sich dann zeigen müssen, ob die Linke bereit ist, der Rechten Konzessionen auf einem Gebiet zu machen, das sie immerhin als unantastbare Domäne gebietet hat, denn in der ersten Linie handelt es sich bei der übrigens praktisch stillschweigend schon lange vollzogenen Wiederaufhebung bestimmter Kongregationen, sowie der gleichfalls beanstandeten Rücknahme requirierter Güter an die katholische Kirche um ein nunmehr endgültiges und offizielles Verlassen des von Herriot im Jahre 1924 besonders betonten antikirchlichen Kurses. Es handelt sich um den Abschluß einer Entwicklung, die in ihrem Anfang bereits auf den Sturz des Kabinetts Herriot zurückgeht.

Diese Wendung in der französischen Politik ist wie folgt zu erklären: Briand sieht es sich gezwungen, gleich nach Übernahme des Außenministeriums anzulegen sein, die fast unantastbare zerschnittenen Fäden mit dem Vatikan wieder anzuknüpfen. Er ist sich davon Rechenhaft abgelegt, daß der französische Einfluß in Afrika und im nahen Osten durch die radikale Bekämpfung der Missionen erhebliche Einbuße erlitt. Der Vatikan begann mehr und mehr französische Missionen durch deutsche, englische und italienische zu ersetzen. Für Briand, der seinerseits selbst Beraterstat der berühmten Trennungsgesellschaft im Jahre 1906 war, ist die katholische Kirche eine außenpolitische Macht, wie jede andere, mit der im französischen Interesse gerechnet werden muß. Die Regierung wird wahrheitsgemäß argumentieren, wenn sie sich etwa, was anzunehmen ist, vor dem Plenum zu verteidigen haben wird. Mit Außenpolitik soll also innenpolitische Rückwärtsentwicklung begründet werden.

Borgehen gegen Kommunisten

Einer Korrespondenz zufolge wurde der Sekretär der kommunistischen Partei in Wien, Kopenka, verhaftet. Die kommunistische Parteiführung wurde beschlagnahmt, weil sie in einem Artikel die Arbeitererschaft zum Streik aufzuforderte. Ferner wurden kommunistische Flugblätter beschlagnahmt.



Zeitungsverleger gegen überspannte Inzeratenforderungen

In Berlin ist die Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger zusammengetreten, wobei im Interesse der Presse eine Reihe Forderungen erhoben wurden. Der Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger Dr. Krumbhaar kam in seiner Rede zu dem Ergebnis, daß das Jahr 1928 für die Zeitungsverleger keinen Fortschritt bedeute, daß vielmehr sogar hier und da rückläufige Zeiten zu beobachten seien. Er wies dabei darauf hin, daß der Wert der Zeitung vor allem in der Qualität liegen müsse. Trotz mancher Bemerkungen ist das deutsche Zeitungsweesen nicht nur als Wirtschaftsgruppe emporschreitend, sondern auch der Einfluß ist gewachsen. Die Tagung nahm eine Reihe Entschlüsse an, wobei vor allem eine Änderung des Kartellgesetzes bzw. Einführung einer besonderen Kartellaufsicht gefordert wurde und die Senkung bzw. Beseitigung der Papiertarife im Interesse der Papierpreise gefordert wurde. Zum Reichspressengesetz wurde die Beseitigung veralteter Bestimmungen verlangt. Die Anonymität der Presse muß gewahrt und der Bruch des Redaktionsgeheimnisses verbietet werden. In diesem Sinne sind Zeugnisabgaben, Beschlagnahme von Redaktionsmaterial usw. einer eingehenden Neugestaltung zu unterwerfen. In derselben Richtung liegen die Anträge, welche die innere Unabhängigkeit des redaktionellen Teils der deutschen Presse gegen jede unmittelbare, oder mittelbare Einflußnahme schützen sollen. Im neuen Pressegesetz oder im Strafgesetzbuch ist die aktive oder passive Bestrafung unter Strafe zu stellen. Zur Beseitigung von Unzulänglichkeiten im Inzeratenwesen nehmen die Zeitungsverleger, deren nächste Tagung in Heidelberg stattfinden soll, folgende Entschlüsse einstimmig an:

„Mit wachsender Sorge verlor der Verein deutscher Zeitungsverleger die immer weiter gehenden Forderungen der Annoncenexpeditionen und Inzerenten nach Gratisreklame, die allmählich nicht die notwendige Ablehnung finden. Es muß an dem bewährten Grundsatz der deutschen Presse festgehalten werden, den Textteil absolut rein und unabhängig vom Anzeigenteil zu halten. Wird bei einem Auftrage die Aufnahme von Gratisreklame im Text zur Bedingung gemacht, so ist dies als unzulässig unter allen Umständen abzulehnen. Ausnahmsweise können kurze geschäftliche Mitteilungen am Schluß des redaktionellen Teiles und von ihm deutlich getrennt werden oder, wenn sie durch eine besondere Ueberschrift als nichtredaktionell gekennzeichnet ist, Voraussetzung für die Befolgung von besonderen Platzvorschriften der Inzerenten ist grundsätzlich die höhere Berechnung. Die Aufnahme von Anzeigen auf den vorderen Textseiten entwertet den redaktionellen Teil und schadet dem Ansehen der Zeitung.“

Brechts Vorschläge zur Einheitsverwaltung

Berlin, 6. Okt. (Funkdienst.) Auf der Tagung des Vereins für Kommunawirtschaft in Ulm hat Ministerialdirektor Brecht, das preussische Mitglied des in den nächsten Tagen wieder zusammentretenden amtligen Reichsreformauschusses über die Neuordnung der Dezentralisation im Reich gesprochen. Brecht, der betonte, daß er nur als Privatmann spreche, erklärte u. a.: Im Einverständnis mit kleinen Kreisen könne das Reich sich für die Auftragsverwaltung vorläufig eines anderen größeren Landes bedienen, hat selbst förmlich eine neue Verwaltung einzurichten. So könne z. B. die Verwaltung der Justiz in Mecklenburg mit der preussischen zusammengefaßt werden. Brecht faßt die mögliche Entwicklung wie folgt zusammen: Zunächst Einrichtung und möglichste Vereinfachung der Verwaltung zwischen Reich und Ländern, dann: Übernahme von Aufträgen für kleine norddeutsche Länder durch Preußen für das Reich oder Aufgeben dieser Länder in Preußen. Darauf: Vereinigung der preussischen mit der Reichsregierung, später: Aufgeben der kleineren Länder in dieser Gesamtheit.

In den dann noch verbleibenden außerpreussischen Ländern wäre die Personalunion zwischen den Landesregierungen und den obersten Reichsbeamten in den betr. Ländern herzustellen. Brecht betonte, daß es sich nicht um ein Höchstprogramm, sondern um ein Mindestprogramm handle, dessen Gesamtverwirklichung zu einem bestimmten Zeitpunkt das Beste wäre.

Schwermetalle gedampfte Weite, etwas von herblicher Stimmung, wie sie über abgeernteten Aedern liegt. „Das sind ungeheure, ausgebreitete Felder unter wolkigem Himmel, und es fällt nicht schwer, meine ganze Traurigkeit auszudrücken, die äußerste Einsamkeit.“ Es scheint, als habe er sein Ererbtes gefühlt. „Die Zukunft verdundelt sich, und ich weiß absolut nicht, welche Wendung dies noch nehmen kann.“ Er erschließt sich mit klarem Bewußtsein, wie ein harter Mensch, der die Sicherheit besitzt, daß sein Leben sich erschöpft hat und unerfüllt enden wird.

Ehre und Geld im Volksmund

Zu große Ehre ist halbe Schande. Wenn mancher Mann wähle, wer mancher Mann wäre, Tüt mancher Mann manchem Mann manchmal mehr Ehre. Wer Ehre verdient, hat sie nicht, und wer sie hat, verdient sie nicht. Wächst die Ehre spannenlang, Wächst die Lorbeer ellenlang. Eitel Ehr' überlebt den dritten Tag nicht. Ehre ist der Tugend Schatten. Ehre folgt dem, der sie flieht, und flieht den, der sie jagt. Zwischen ehrlichen Leuten bedarft keiner Rechnung. Redet Geld, So schweigt die Welt. Hat einer Geld, So ist er ein Geld. Und wer mit goldenen Lefzeln werten kann, behält das Feld. Wo kein Geld ist, da ist auch keine Bergung der Sünden. Geld wird nicht gekent. Mit Geld macht neuen Adel. Geld ist die beste Ware, sie gibt im Sommer und Winter. Das Geld zu rechter Zeit veracht, Hat manchem großen Nut' gebracht. Geld genommen, Um Freiheit gekommen. Ist das Geld die Braut, so tauget die Ehe selten was. Wo Geld ist, da ist der Teufel; wo keins ist, da ist er zweimal. Es hängt kein Geldbad hundert Jahr vor der Tür, aber auch kein Bettelrad. Die Gewaltigen handeln mit Geld, die Schwachen mit Recht. Wo Geld lehr und wend', Da hat die Freundschaft bald ein End. Am Gelde rechnet man es nicht, womit es verdient ist. Gemammelt von R. D.

Wehrmacht und Kaiserhoch

Eine Verfügung Gröners

Der demokratische Zeitungsdienst berichtet: Wie der Reichswehrminister Gröner mitteilt, hat er eine Verfügung erlassen, wonach Angehörige der Wehrmacht verpflichtet sind, falls ein Soldat auf den früheren Kaiser oder einen der Fürsten bei einer Veranstaltung ausgebracht werden sollte, oder falls sie an einer Demonstration teilnehmen, die gegen die Republik gerichtet ist, die betreffenden Veranstaltungen zu verlassen.

Endlich wird das Selbstverständliche für die Wehrmacht einer Republik angeordnet. Das gleiche muß auch den Beamten, sowohl des Reichs wie der Länder, zur Pflicht gemacht werden, dann werden die monarchistischen Demonstrationen rasch zusammenschumpfen.

Freistaat Baden

Wählungen kommunistischer Parteibefehl

Die Kommunisten sitzen mit ihrer Volksbegehung eine Rolle schwer auf. Nirgends nimmt man Notiz davon. Allorts ist bekannt, daß es sich um nichts anderes als um einen kommunistischen Kummel handelt, der gegen die Sozialdemokratie losgelassen ist, für die Friedensidee als solche jedoch völlig wertlos ist, da keinerlei Aussicht auf Annahme besteht. In ihrer Not machen die Kommunisten unter den verschiedensten Denkmäler alle ihnen anhänglichen Zwerge mobil, in der Hoffnung damit ein Täuschungsmännchen hervorzurufen. Wenn irgendwo sich ein Vereinzelter für das Volksbegehren einsetzt, so wird daraus eine große Aktion gemacht, und wenn gar ein Regelverein von 5 Mitgliedern sich dafür einsetzt, so glaubt die KPD schon die halbe Welt gewonnen zu haben. Auf diese Linie ist auch der Vorgang zu sehen, daß ausgerechnet im Harb-Anzeiger von Durmersheim sich eine Stimme für das Volksbegehren erhebt. Nachdem in der gesamten Presse die kommunistische Volksbegehrensaktion als das gekennzeichnet worden ist, was sie wirklich bedeutet, wird nun ausgerechnet ein bürgerliches Vorblatt zum Succurs herangezogen.

Nach juristisch sehr ansehnlichen Bemerkungen über Volksbegehren und Volksentscheid werden darin die großen Ausgaben für Heer und Flotte scharf kritisiert, daraus jedoch nicht etwa der Schluß gezogen, zusammen mit der Sozialdemokratie an entscheidender Stelle im Reichstag für eine im Rahmen des Möglichen vernünftige Begrenzung dieses Etats einzutreten, sondern für die feinerlei Aussicht habende kommunistische Partee Propaganda gemacht. Es muß schon sehr schwach stehen mit den kommunistischen Ansichten, wenn Herr Eugen Dech ausgerechnet im Harb-Anzeiger von Durmersheim als Retter in der Not aufmarschieren muß.

Die Gründe für dieses Sichverlieren der Kommunisten liegen allerdings klar zu Tage. Es steht nämlich bereits fest, daß das Volksbegehren der Kommunisten bereits im ersten Anlauf scheitern zu bleiben droht. Wie unser Leipziger Parteiblatz nämlich mitteilt, sind trotz der Anweisung der kommunistischen Parteileitung, daß am ersten Tage der Einzeichnung jedes Parteimitglied die Pflicht habe, die Einzeichnung zu bewirken, um einen Erfolg verheißenden Anlauf herbeizuführen, die meisten Einzeichnungsorte fast leer geblieben. Auch „Rot Front“, für das während der Einzeichnungsarbeiten Dienstleistungen in Uniform besohlen war, kommt dem Befehl nur zum Teil nach und in den Betrieben beschäftigten sich die Besessenen, wie die Leipziger Volkszeitung mitteilt, mehr mit der neuesten Benzelfahrt als mit dem Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau.

Was für Sachen zutrifft, gilt noch mehr für das übrige Reich. Kein Wunder, daß die Kommunisten jetzt mit allen möglichen Kampfmitteln und Schwindeln vorzuschieben versuchen, wobei ihre Hauptkraft sich immer gegen die Sozialdemokratie, der man bei dieser Gelegenheit einen Schlag verlesen möchte, gerichtet ist. Jedoch welche Taktik auch immer die Kommunisten anzuwenden beabsichtigen, so wird ihnen dies nichts helfen. Die Volksmassen wissen, daß die Sozialdemokratie gestützt auf die gründliche Aussprache, die in den letzten Wochen zur Panzerkreuzerfrage in den Parteireinen des ganzen Reiches stattgefunden hat, alles tun wird, um den Bau des auch maritim wertlosen Panzerkreuzers zu verhindern. Die Arbeiterschaft lehnt aber die neuen kommunistischen Partee, die nur erneute Zerstückelung zur Folge haben können, entschieden ab. Auch die neue kommunistische Aktion wird zu einer Pi

Bayerische Volkspartei flunkert

Die parteioffizielle Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei nimmt abermals zur Übertragung der Justiz auf das Reich Stellung. Sie betont, daß die drei süddeutschen Länder sich trotz finanzieller Schwierigkeiten zu den lebensfähigen Teilen des Reiches rechnen, aber von der Übertragung der Justiz auf das Reich wolle weder Bayern, noch Baden, noch Württemberg etwas wissen.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei scheint mehr zu wissen, als man in Baden weiß. Uns ist feinerlei Meldung über dieses Zusammengehen mit Bayern zu Ohren gekommen. Es wäre dies auch schon deshalb unmöglich, da in Baden keinerlei Neigung besteht, sich zum Korpann des bayerischen Föderalismus herzugeben zu lassen. Baden will den Einheitsstaat auf dezentralistischer Grundlage, der seiner Eigenart gerecht wird und wird danach handeln.

Volkswirtschaft

Zur Förderung des Wohnungsbaus will die Reichsforstungsanstalt für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen einen groß angelegten Wettbewerb ausschreiben. Aus dem Reich der Gesellschaft bewilligen 10 Millionen Fonds soll eine Forschungsanstalt in Berlin-Branitz, die Raum für 4000 Wohnungen baut und leicht erreichbar ist, errichtet werden. Für die Auffüllung und Bebauung des Geländes wird ein allgemeiner Wettbewerb ausgeschrieben; das Programm dieses Wettbewerbes läßt möglichst große Freiheit in der Beantwortung der Aufgabe. — Wir wünschen diesem Versuch alles Gute, aber wir haben das Gefühl, daß das Gend der Wohnungsprobleme keine Wirtschaftlichkeit einmal die auch sehr bedeutsame Frage, was das Geld zum Wohnungsbau heranzumachen werden soll, wenn der jetzt wiedererbauten Reichsbauminister Dr. Brüning an seiner bisherigen Politik festhält, bewirkt die Beschaffung von Auslandsgebern für den Wohnungsbau zu verhindern.

Für 107 Millionen Mark Strümpfe angefertigt. In diesem Jahre läßt sich zum erstenmal erkennen, wie bedeutungsvoll der Export deutscher Strümpfe für die deutsche Handelsbilanz ist. Andere Handelsstatistik hat jetzt endlich die Statistik von Strümpfen von der Statistik der übrigen Textil- und Textilwaren getrennt. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres betrug die gesamte Strümpfexport, die in aller Herren Länder geht, nicht weniger als 107,2 Millionen Mark. Auf Baumwollstrümpfe entfielen 76,2 Millionen Mark oder rund 70%, auf kunstlederne Strümpfe 23,7 Millionen Mark oder rund 22%, während wollenen und naturledernen Strümpfe nur rund 7% des deutschen Strümpfexportes ausmachten. Die größte Bedeutung in der deutschen Handelsbilanz hat demnach der Export von Fertigerzeugnissen. Es zeigt sich, daß allein die Strümpfexporte mehr als ein Siebentel der gesamten deutschen Fertigerzeugnisse ausmacht.

Eisenbahntarife und Volksverständnis

Ein Vorschlag

Zur Reform der Eisenbahntarife erhalten wir folgende beachtliche Zusätze: Wie wäre es, wenn wir überhaupt nur zwei Reiseklassen hätten? Käme hierin nicht ein staatspolitisches, menschenverehrendes Erziehungsmoment, wenn die Kilometerpreise dieser zwei Fahrmöglichkeiten sich etwa verhielten wie 1:5. Mit anderen Worten: Führt der Volksmann eine Strecke für 1 Mark, so sollte der explusive sich Dünkende mindestens für die gleichlange Wegstrecke 5 Mark entrichten müssen. Im Zugabe teil erfährt, steht, beobachtet das reisende Publikum die gegenständlichen, wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse: Freude, Leid, Krankheit, Not, Erwerbslosigkeit, Mode, Reiselust, Stammsausgehörigkeit, Berufsleute und noch viele andere Dinge bilden den Gesprächsstoff. Wieviel Tausende von Mark könnte betriebswirtschaftlich durch diese Geschäftsvereinfachung erzielt werden? Speziell für den gehobenen Mittelstand — die Millionäre scheiden wir bei dieser Betrachtung aus — wäre neben Eisenbahnen ein zum Teil unrentierliches Kennenlernen des vierten Standes im Wagenabteil kein plötzlicher Nachteil. Not wie Liebe macht erfindlich. Die Reichsbetriebe müssen in ihrer Wirtschaftsführung von altüberkommenen bürokratischen Geleiten befreit werden, das Fortschrittsbewußtsein Kraft vor Unübersichtlichkeit und Aufgeblähtheit. Für Ausrechnung, Druck und Abgabe dieser Fortschrittsbewußtsein werden in unfaufmännlicher Weise jährlich Millionen aus dem Staatsfiskus gefordert. Es liegt in dieser unübersichtlichen Disziplin ein Großteil des persönligen und verfallenen Bürokratismus. Aus Costalisten dünkt, daß nach wenigen Erfahrungsjahren der heutige Zustand der Tarifgestaltung nur ein vorübergehendes Zwischenstadium darstellen vermag. Unser sozialistisches Volksbewußtsein führt zum Einheitslohn.

Abgabenerpressung in der Dobruzza

Die bulgarische Minderheit wird terrorisiert

Die bulgarischen Wälder ohne Unterschied der parteipolitischen Färbung bringen Warnnachrichten über unheimlichen Terror in der Dobruzza. Die Lage der rein bulgarischen Bevölkerung in der Dobruzza ist trotz aller Versicherungen der rumänischen Regierung unerträglich geworden. Die aus Mazedonien eingewanderten Sinesen plünderten, raubten und mordeten bei völliger Willkür die rumänischen Polizei und Gendarmerie. Die Kolonisten, die arm wie Kirchenmäule ins Land kamen, verdrängen die Bauern aus ihren Wohnungen und von ihrem Besitz. Die rumänischen Popen, Lehrer und Verwaltungsbeamten belügen die Bulgaren mit unerhörten Versprechungen. In den Lagerhäusern von Silistra hätten allein die Popen und Lehrer aus der disziplinären Ernte gegen 1000 Tonnen beschlagnahmte Getreide aufseinerhand. Die Bevölkerung ist durch die unzulässigen Plünderungen vollends einseitig.

Wie verlautet, beabsichtigt die bulgarische Regierung, in Bularest wegen der Wahrung der Minderheitenrechte in der Dobruzza einen Protestmarsch zu unternehmen.

Neue Kampfhöhe in Rumänien

In Rumänien hat der Volkskongress der nationalsozialistischen Partei beschlossen, in nächster Zeit in Bularest eine Massenverammlung abzuhalten, an der Vertreter sämtlicher Gemeinden des Landes teilnehmen sollen. In nationalsozialistischen Kreisen rechnet man mit einer noch stärkeren Beteiligung der Bauern als im Alba Julia. Mit diesem Beschluß tritt der Kampf um die Massen in Rumänien, der in den letzten Monaten wegen der Erntearbeiten etwas abgeflaut war, wiederum in die Phase des Massenkampfes.

Weitere Sowjetkonzession an das Trufkapital

Im Anschluß an unseren Aufsatz über die Bereinigung der Wirtschaft Sowjetlands dürfte es interessieren, daß in der halbmonatlich erscheinenden russischen Zeitschrift „Die Volkswirtschaft der Sowjetunion“ von einem Vertragsmittelweg gemacht wird, der noch einen weiteren tieftraurigen Schritt der Sowjetregierung erkennen läßt.

Der Kruppkonzern

hatte in Ausland, nicht zuletzt zur Sammlung von Erfahrungen für die Erzeugung von für Ausland bestimmten landwirtschaftlichen Maschinen, im Manufakturgebiet eine große landwirtschaftliche Konzeption. Zwischen dem Kruppkonzern und dem Landwirtschaftskommissariat der Sowjetunion wurde jetzt ein Vertrag geschlossen, der die Umwandlung des bisher als reine Konzeption bestehenden Kruppunternehmens in eine gemischte russisch-deutsche landwirtschaftliche Gesellschaft „Mantisch-Krupp“ zum Gegenstand hat. Das

Erstens: Er ist von unbedeutendem Wohlgeschmack
Zweitens: Er ist äußerst sparsam im Verbrauch
Drittens: Er läßt sich, weil gebacken, bequem zubereiten.

Haupt-sache: Kornfranck
 gesund wie das tägliche Brot!

100 Tassen aus 1/2 Pfd. für 30 Pfg.

100 Johann AFB Franck 1828 1928

Kapital der Gesellschaft beträgt 3 Millionen Rubel, Sowjetrußland und der Kruppkonzern bringen je die Hälfte des Kapitals ein. Die Einbringung Krupps besteht in den Vermögenswerten des Konzeptionsbetriebes. Außerdem gemährt die Kruppische Konzeptionsgesellschaft für die Dauer des Vertrages einen größeren Kredit, mit dem im Auslande Invenitur für das gemischtwirtschaftliche Unternehmen erworben werden soll.

In der Spitze der Gesellschaft stehen als Aufsichtsrat 5 Personen, drei Russen und zwei Kruppvertreter. Die Einflußverteilung ist sicher aber keineswegs das Übergewicht Sowjetrußlands, denn wenn man sich über den Vorsitzenden im Aufsichtsrat nicht einigen kann, soll

weder ein Kruppvertreter noch ein Russe Vorsitzender werden. Die neue Gesellschaft soll vielmehr unter 5 ausländischen Fachleuten, die die russische Akademie der Wissenschaften vorzuschlagen, den Vorsitzenden auswählen.

Die Errichtung gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen zwischen dem Sowjetrußland und ausländischen Privatkapitalisten ist eine neue Form der russischen Konzeptionswirtschaft. Das kapitalistische System kennt viele gemischtwirtschaftliche Unternehmungen auch. Im Deutschland der Vorkriegszeit hat man sogar die gemischtwirtschaftliche Unternehmung, in der sich Privatkapital und öffentliche Hand in den Aktienbesitz teilen, eine Zeitlang für eine angemessene Organisationsform bei der Inangriffnahme neuer öffentlicher Aufgaben angesehen. Seit dem Kriege jedoch sind Staat und Kommunen von der Bildung neuer gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen fast gänzlich abgelenkt.

wird die Entwicklung eigener, rein öffentlicher Aktiengesellschaften für den öffentlichen Betrieb weit größerer Vorteile bieten.

In Sowjetrußland, wo man den Sozialismus verwirklichen wollte, hätte die Ausgestaltung der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen eine Selbstverständlichkeit sein müssen, und Lenin würde sich im Grunde nicht wundern, wenn er das ausländische Privatkapital in einer Aktiengesellschaft zusammen mit dem Sowjetkapital zusammenbringt läßt.

Auch dieser Vorgang ist tragischer Natur. Aber so tragisch er ist, er ist leider nicht ohne tiefe und historische bedeutungsvolle Gründe. Die deutsche Kruppgesellschaft ist gewiß ein solcher wertgeschätzter

Neuerfandent des deutschen Trufkapitals

Gerade das deutsche Trufkapital will jetzt wieder gemischtwirtschaftliche Unternehmungen gegen das Wachstum der öffentlichen Wirtschaft. Für die Konzeptionsgesellschaften konnte Sowjetrußland immer noch in Anspruch nehmen, daß das Privatkapital nur auf bestimmte Zeit zur Erzielung besonderer, aber vorübergehender Wirtschaftseffekte ungenügend ist. Eine gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft, wie sie hier vorliegt, ist keine Konzeptionsgesellschaft mehr, denn Sowjetrußland kann sich nicht auf selbst konzeptionieren. Das Bündnis mit Krupp ist ein dauerndes.

85 Prozent aller Deutschen

leben an Hungermerzen und deformierten Fäßen. Am häufigsten sind Fußleiden wie Spreizfuß, Knickfuß und Hobelfuß. Hier hilft die Wagners-Fußstütze, die in sich viele Vorzüge vereinigt. Köhnenle Unternehmung, Freitag, den 5. und Samstag, den 6. Oktober, im Schönbund Stern, Karle-Friedrichstraße 2. (Siehe Anzeiger in gestriger Ausgabe).

Das Hungerland

Blick in soziales Elend

Wenn heute im Waldenburger Bezirk Streik ist, so hat dies seine begründeten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ursachen. Wir wissen, der niedererschleische Bergbau ist, wenn er auch die beste Kohle Deutschlands fördert, nicht auf Rosen gebettet. Die Fosse liegen, verglichen mit denen in Oberschlesien und Westfalen, äußerst schlecht. Sie stehen unter starkem Gebirgsdruck, und der gefährliche Staubanfall ist bei der Kohlenabwinnung äußerst groß. Der niedererschleische Bergbau hat gerade nach dem Kriege, nach der Zerstückelung wichtiger Absatzgebiete, doppelt schwer zu kämpfen. Deshalb ist der Kampf, der gegenwärtig im Waldenburger und Neudorfer Revier geführt wird, vor allem wirtschaftspolitisch zu werten. Diesem Revier muß Hilfe gebracht werden, aber auch ist der weitverbreiteten Induktivbevölkerung in den schlesischen Bergbau zu helfen. Hungerland hat man dieses Revier schon vor dem Kriege genannt, und Hungerland ist dieses Revier noch heute.

Vor uns liegt ein postamtlicher Adressbericht der Gemeinde Waldenburg. Danach sind 2,5 Prozent der Schuljüngel über 10 Jahre, 30 Prozent zeigen Zeichen von Struimpf, 1,9 Prozent haben Verkrümmungen der Wirbelsäule und 32 Prozent zeigen Vergrößerungen der Schilddrüse. Unterjucht wurden 6133 Kinder in den Volks- und 1815 in den Berufsschulen. Man hat franken Kindern eine Aufforderung an die Eltern ausgesprochen, sie unverzüglich ärztlicher Behandlung zuzuführen. Der amtliche Bericht muß aber feststellen, daß dieser Aufforderung in vielen Fällen nicht entsprochen wurde. Schuld daran war die wirtschaftliche Not und der Mangel an leistungsfähiger Versorgung bei den Familienangehörigen der im Bergbau beschäftigten Arbeiter.

Nach einer anderen Statistik waren von den untersuchten Kindern 30,8 Prozent krank, 8,8 Prozent der untersuchten Kinder blieben ohne erstes Frühstück, 9 Prozent ohne zweites Frühstück und 6,2 Prozent konnte kein warmes Mittagessen genießen werden. Auf das Vorkommen von Struimpf verzichteten. Ohne Bandbrod gingen 4,9 Prozent ins Bett, 3,2 Prozent dieser Kinder hatten kein Schuhwerk und 3,3 Prozent verfügten über keine Strümpfe. Bei 20,7 Proz. konnte feststellbar werden, daß zu Hause nur einmal Bettwäsche vorhanden war. 5,5 Prozent mußten ohne Bettwäsche auskommen. Für 2,1 Prozent vermerkt die erbarungslose Statistik, daß überhaupt kein Zemb vorhanden war, und 21,4 Prozent blieben bei furchtbarster Winterkälte ohne schützenden Mantel. 16 Prozent dieser untersuchten Kinder haufen in Wohnungen, die in einem Raum mehr als fünf

Personen beherbergen und 9,6 Prozent mußten — Proletariatsjugend, Proletariatslos — mitverdröten belassen.

Aus behördlichen Kreisen wird bestätigt, daß Arbeiter ohne Wohnungen gemeinnütziger Gesellschaften räumen müssen, weil letztere für künstlich niedrig gehaltene Mietzinsen für sie unerschwinglich und zu hoch ist.

So steht das Hungerland aus. Hier ist wirklich eine Aktion vonnöten.

Die Butterkulle als Lohnmaßstab

Wir sind in Deutschland noch weit davon entfernt, daß die Parteien der Unternehmer stolz darauf wären, wenn die breiten Massen des wertvollen Volkes viel verdienen und entsprechend viel ausgeben können. Der Wahlkampf um die Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten zeigt, daß es drüben ganz anders ist. Einer der wichtigsten Punkte der großen Wahlkreise des Präsidentenwahlkandidaten Hoover ist der Nachweis, wie unter der Führung der republikanischen Partei, das ist die Schärze, und insbesondere schutzwillerische Richtung der amerikanischen Unternehmer, die Löhne und damit das Masseneinkommen gestiegen und demnach die Arbeitszeit zurückgegangen ist. Die Real-Löhne seien auf dem Höhepunkt der Kriegsinflation auf 30 Prozent über den Stand von 1913 gestiegen. Trotz der Deflation seit 1921 hätten sie sich bis heute auf 50 Prozent über den Stand von 1913 erhöht, und parallel mit diesem Wachstum der RealLöhne sei die durchschnittliche Arbeitszeit in den Vereinigten Staaten ständig gesunken.

Außerordentlich interessant ist u. a. ein Vergleich, der von Hoover für den Lohnausbau bestimmter Arbeitergruppen in den Vereinigten Staaten und mehrerer europäischer Länder gemacht wurde. Er zeigt, daß die RealLöhne in Butterkullen nach den Preisen der einzelnen Länder um. Nach diesem Vergleich kam er auf der so geschaffenen Grundlage zu dem Ergebnis, daß der Wochenlohn eines Elektrikers in den Vereinigten Staaten 778 gegenüber 267 Butterkullen in Großbritannien beträgt, während der deutsche Elektriker sich mit 158 und der französische mit 128 Butterkullen errednet, während auf den englischen 267 auf den deutschen 133 und auf den französischen 136 entfallen. Der amerikanische Weber hat wöchentlich 323, der englische 136, der deutsche 106 und der französische 73 Butterkullen.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Beranstaltungen finden statt:
Mittwochen: Samstag, 6. Oktober, abends 8 Uhr, Mitglieder-
versammlung. Gen. Trieb wird anwesend sein und nach Be-
endung der dringlichen Angelegenheiten referieren über „Die innen- und
außenpolitische Situation“.

Öffentliche Filmvorführungen

1. Im Anfang war das Wort. Dieser Film zeigt in padenden
Bildern Kämpfe, Leiden und Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse.
2. Was wir schufen. Ein Film von sozialistischer Arbeit und
sozialistischen Erfolgen

finden statt:

Elaersweier: Samstag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, in der
„Brauerei Armbruster“.
Bergheim: Sonntag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, im
„Adler“.
Oberkirch: Montag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr, im Licht-
spieltheater.
Offenburg: Dienstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, in der
„Mittelhalle“.
Zell a. S.: Mittwoch, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, im
„Loh Hof“.
Bretten: Donnerstag, 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Rathaus.
Appenweier: Freitag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im
„Loh Hof“.
Durlach: Samstag, 13. Oktober, abends 8 Uhr, im „Lamm“,
Oberageru: Sonntag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im
„Rebital“.

Genossinnen und Genossen, besucht nicht nur selbst diese Ver-
anstaltungen, sondern werbt in Eurem Verwandten, Bekannten-
und Freundeskreis für regen Besuch und legt Karten im Vorver-
lauf ab.

Am Sonntag, den 14. Oktober

finden im ganzen 3. Wahlkreisbezug Gemeindevorsteher-Gruppen-
konferenzen statt und zwar wie folgt:
Gruppe Blankenloch (Blankenloch, Spöck, Dagsfeld, Graben,
Reudorf). Tagungszeit: Spöck, mittags 2 Uhr in der „Rose“.
Tagungsordnung: Die Kulturpolitik der Gemeinden. Referent: Optil
Gen. Schaufele-Karlsruhe.
Gruppe Busenbach (Busenbach, Langensteinbach, Ehenrot, Spiel-
berg, Reichenbach, Speßart, Schlutenbach, Auerbach). Tagungs-
zeit: Speßart, mittags 2 Uhr, in der „Traube“. Tagungsordnung:
Soziale und kulturelle Aufgaben der Gemeinden. Referent: Stadtrat
Gen. Jung-Karlsruhe.
Gruppe Dietlingen (Dietlingen, Wifflingen, Buchenfeld,
Rüdenbrunn, Bümm, Tiefenbrunn, Nöttingen). Tagungszeit:
Tiefenbrunn, mittags halb 3 Uhr, in der „Rose“. Tagungsordnung:
Wohnungsbau und Siedlungsweien. Referent: Stadtrat Genosse
Döhner-Karlsruhe.
Gruppe Erzingen (Erzingen, Nörtingen, Königsbach, Stein,
Sillingen, Göttingen). Tagungszeit: Göttingen, mittags 2 Uhr, im
„Adler“. Tagungsordnung: Aus dem Gebiet der Sozialversicherungs-
angelegenheiten. Referent: Gen. Ficht-Karlsruhe.
Gruppe Göttingen (Göttingen, Nierern, Bauhof, Dörschbrunn).
Tagungszeit: Bauhof, mittags 2 Uhr, im „Dörschen“. Tagungsordnung:
Die Kulturpolitik der Gemeinden. Referent: Optil Gen. Weller-
Karlsruhe.
Gruppe Gengenbach (Gengenbach, Pfenzenheim, Liedolsheim, Ant-
lingen, W. und L. Neureut). Tagungszeit: Leopoldshafen, mit-
tags 2 Uhr in der „Krone“. Tagungsordnung: Das Genossenschafts-
wesen. Referent: Geschäftsführer Gen. Dorn-Karlsruhe.
Gruppe Mellingen (Mellingen, Sulzfeld, Gölshausen, Mühlbach,
Kühl). Tagungszeit: Mühlbach, mittags 1 Uhr, in der „Brauerei
Weller“. Tagungsordnung: Das Fürsorgewesen. Referent: Stadtrat
Gen. Scherer-Karlsruhe.

Gruppe Forchheim (Forchheim, Bulach, Kürsch, Durmersheim,
Bruchhausen, Ettlingenweier). Tagungszeit: Bulach, mittags 2 Uhr
in der „Krone“. Tagungsordnung: Die Steuererleichterung des Reichs
und ihre Auswirkungen für die Gemeinden. Referent: Gemeindevor-
steher Gen. Käßler-Karlsruhe.

Gruppe Gengenbach (Gengenbach, Elaersweier, Bergheim,
Zell a. S.). Tagungszeit: Bergheim, mittags halb 3 Uhr im
„Adler“. Tagungsordnung: Das Erwerbslosenversicherungsgesetz. Re-
ferent: Gen. Hesse-Karlsruhe.

Gruppe Gernsbach (Gernsbach, Forbach, Hörden, Ottenau,
Mühlbach, Selbach, Stauheim). Tagungszeit: Forbach, mittags
3 Uhr, im „Hirsch“. Tagungsordnung: Die Gemeindeordnung. Re-
ferent: Stadtrat Keller-Karlsruhe.

Gruppe Grünwettersbach (Grünwettersbach, Wolfartsweier,
Hohenwettersbach, Palmbach). Tagungszeit: Wolfartsweier, mit-
tags 2 Uhr in der „Linde“. Tagungsordnung: Das Fürsorgewesen.
Referent: Gen. Böhringer-Karlsruhe.

Gruppe Heilsheim (Heilsheim, Helmsheim, Gondsheim,
Rinklingen, Forst). Tagungszeit: Helmsheim, vormittags 9 Uhr
im „Adler“. Tagungsordnung: Der Gemeindehaushalt. Referent:
Bürgermeister Gen. Jägers-Karlsruhe.

Gruppe Korb (Korb, Leutesheim, Wadersweier, Auenheim, Frei-
stett, Willstät, Diersheim, Sand). Tagungszeit: Leutesheim, mit-
tags 3 Uhr, in der „Krone“. Tagungsordnung: Die Kulturpolitik der
Gemeinden. Referent: Bürgermeister Gen. Dr. Kraus-Karlsruhe.

Gruppe Kuppenheim (Kuppenheim, Gaggenau, Stesheim, Sand-
weiler, Kottenfels, Niederbühl). Tagungszeit: Sandweiler, mittags
2 Uhr in der Sonne. Tagungsordnung: Die Steuerquellen der Ge-
meinden. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Kuder-Karlsruhe.

Gruppe Muggensturm (Muggensturm, Malß, Oberweier, Wisch-
weier, Dörlingen, Bietlingen). Tagungszeit: Oberweier, mittags
halb 2 Uhr im „Hirsch“. Tagungsordnung: Die Stellung der sozial-
demokratischen Partei zur Lösung der Gemeindebeamten und die
Kernpolitik der Gemeindebetriebe. Referent: Gemeindevorsteher
Kuppenheim.

Gruppe Oberageru (Oberageru, Aghern, Kappelrod, Bühl,
Bühlertal). Tagungszeit: Kappelrod, mittags 1/4 Uhr, in der
„Sonne“. Tagungsordnung: Wohnungsbau und Siedlungsweien. Re-
ferent: Landtagsabgeordneter Gen. Kraus-Karlsruhe.

Gruppe Oberkirch (Oberkirch, Oppenau, Jufenhofen, Appen-
weier). Tagungszeit: Appenweier, mittags 2 Uhr, im „Bahnhof“.
Tagungsordnung: Die Kommunalpolitik der Landgemeinden. Re-
ferent: Gemeindevorsteher Gen. Stöber-Karlsruhe.

Gruppe Philippsburg (Philippsburg, Wiefent, Kirrlach, Ober-
hausen, Rheinsheim, Sultenheim). Tagungszeit: Oberhausen, mit-
tags 2 Uhr im „Adler“. Tagungsordnung: Wohnungsbau und Sied-
lungsweien. Referent: Geschäftsführer Gen. Boh-Karlsruhe.

Gruppe Uffhald (Uffhald, Weiber, Seutern, Dornheim, Men-
ningen, Stettfeld, Dörringen, Unterwisheim). Tagungszeit: Unter-
wisheim, mittags 2 Uhr, in der „Traube“. Tagungsordnung: Die
Steuerquellen der Gemeinden. Referent: Stadtrat Gen. Döppe-
Karlsruhe.

Gruppe Weingarten (Weingarten, Gröningen, Unterrombach,
Oberrombach). Tagungszeit: Oberrombach, mittags 2 Uhr im
„Hirsch“. Tagungsordnung: Die Kulturpolitik der Gemeinden. Re-
ferent: Gen. Optil Daele-Karlsruhe.

Gruppe Wüschbach (Wüschbach, Söllingen, Berghausen, Jöblin-
gen, Wöflingen, Kleinheimbach). Tagungszeit: Berghausen, vor-
mittags 9 Uhr. Tagungsordnung: Die Einkünfte der Gemeinden aus
dem Finanzausgleichsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der
Gebäudebesondersteuer. Referent: Bürgermeister Gen. Ribert-
Durlach.

Die auf den letzten Konferenzen festgelegten Tagungszeiten sind
für einzelne Ortsvereine etwas weit entfernt, ich erwarte aber
bestimmt, daß dieser Umstand durch parteigenössliches Zusammen-
gehörigkeitsgefühl überwunden und niemand dadurch abgehalten
wird, die Konferenzen zu besuchen, ich erwarte vielmehr, daß alle

unsere Gemeindevorsteher auf den Konferenzen anwesend
sind. Auch Veranstaltungen anderer Organisationen dürfen unsere
Genossen nicht veranlassen, den Konferenzen fern zu bleiben, we-
den diese doch veranstaltet, um unseren Gemeindevorstellern gegen-
seitige Aussprache zu ermöglichen und sie zur gewissenhaften Aus-
übung ihres ernsten Amtes zu schulen.

Das Parteisekretariat

Die Ortsvereinstaffler werden um Einhaltung des Abrech-
nungstermins — 15. Oktober — dringend gebeten.

S. A. J. Morgen Sonntag, findet im Jugenheim in Durlach
eine Sitzung des engeren Kreisvorstandes statt. Beginn Punkt 9
Uhr. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Gengenbach. Heute Samstag abend findet im Moninger eine
Parteiversammlung statt, wozu besonders die Mitglieder
des Bürgerausschusses eingeladen sind. Vollzähliges Er-
scheinen wird erwartet.

Ein Parteiveteran

Karl Sperka, einer der Senioren der württembergischen
Sozialdemokratie, feiert am 6. Oktober seinen 75. Geburtstag. Er
ist vor jetzt 45 Jahren aus seiner schlesischen Heimat nach Stutt-
gart gekommen und ist dank seiner Klugheit von den Partei-
genossen sofort in einer leitenden Stellung in der Partei, sowie
in seiner Handwerksmehrgewerkschaft verwendet worden. Er war
mehrmals Mitglied des württembergischen Landesvorstandes und
wurde im Jahre 1901 in den Stuttgarter Gemeinderat, im Jahre
1903 in den Reichstag und im Jahre 1912 in den württembergischen
Landtag gewählt. Die württembergische Sozialdemokratie hat ihm
außerordentlich viel zu verdanken. Er begeht seinen 75. Geburts-
tag in voller geistiger und körperlicher Frische. Die Partei wünscht
ihm, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, an ihrem Wirken
lebendigen Anteil zu nehmen.

Sport

Handball-Spiele: Vorhau des III. Bezirks

Die Handballerle geht dem Ende zu. Für die Handballmannschaften
ruht am kommenden Sonntag der Spielbetrieb.
Amo mehr Betrieb herrscht auf den Handballfeldern, da sich
in dieser Zeitarm nunmehr noch die stärksten Gegner treffen. Der Ver-
ein Weingarten ist wieder seiner Spitze empor und wird seinen
stärksten Gegner Durlach auf eigenem Plaze empfangen. Riefern
empfangt Gröningen. Forchheim hat Unterrombach zu
Gast. Dagsfeld besucht Göttingen. Kuppenheim kämpft gegen Blau-
tenloch. Doch auch das Spiel Durlach-Weingarten-Mittelheim wird
mit großer Spannung erwartet.

Gemeindepolitik

Zusammenhluß in der kommunalen Gasfernverförgung

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat sich die Stadt
Karlsruhe der Südwestdeutschen Gasaktiengesellschaft in Frankfurt
a. M. als Aktionär angeschlossen, und ist damit der Interessenge-
meinschaft der Städte Mannheim und Frankfurt auf dem
Gebiete der Gasfernverförgung beigetreten. Die Frankfurter Gas-
gesellschaft zählt damit vier Großstädte zu ihren Abnehmern.
Offenburg, Mannheim, Karlsruhe und Frankfurt.
Wie wir weiter hören, schweben Verhandlungen mit Stuttgart über
dessen Beitritt zur Interessengemeinschaft.

Die Reemtsma A.-G. hat seit 1924 die qualitative und quantitative Führung im Einkauf macedonischer Tabake.

Wir geben bekannt,
daß unsere Einkaufsorganisa-
tion mehr als ein Sechstel der
gesamten Tabakernte Mace-
doniens aufgekauft hat. In den
Rest teilt sich die Cigaretten-
industrie der ganzen Welt.

REEMTSMA CIGARETTEN
OVA
im *Neuen Format*
5 pf.

Gewerkschaftsbewegung

Beseitigung der Technischen Nothilfe

Die Ankündigung des Reichsinnenministers Severing, daß er die Technische Nothilfe auszubeheben beabsichtigt und nicht mehr gewillt sei, ab 1. April 1929 Reichsmittel für sie auszugeben, hat in bestimmten Unternehmer- und in rechtsradikalen Kreisen nicht geringe Wut ausgelöst. Bemerkenswert ist, wie die deutschnationalen Süddeutsche Zeitung sich dazu äußert: „Herr Severing erfüllt damit eine alte sozialdemokratische Forderung und er zeigt mit seinem Entschlus, daß er auch als Minister einer nicht reinsozialistischen Regierung sich sein Handeln von der Weltanschauung seiner Partei vorschreiben läßt. Die Mitteilung an den Leiter der Technischen Nothilfe zeigt auch dafür, daß es Severing nicht für nötig hielt, sich vorher mit den Parteien in Verbindung zu setzen, die die Regierung stützen. Haben doch das Zentrum und die Deutsche Volkspartei stets die Notwendigkeit einer Aufrechterhaltung der „Teno“ betont. Wenn daher der Etat im Kabinett, das zu ebendieser Zeit, also Ende des Jahres, koalitionsfähig ergänzt sein soll, zur Sprache kommt, wird es sich zeigen müssen, wie die nationalsozialistischen Parteien sich zu dem Vorhaben Severings stellen. Außerdem ist wohl nach Abschluß der Beratungen im Ausschuß tatsächlich im Frühjahr mit einem parlamentarischen Antrag gegen die Streichung der Technischen Nothilfe zu rechnen. Herr Severing hat auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress das Hohe Lied von der Disziplin der freien Gewerkschaften gesungen. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß diese Disziplin durchaus nicht ausreicht, um in Fällen von großen Ausfällen den Krankenhäuser vor einer Entziehung des Lichts und des Wassers zu schützen und volkswirtschaftlich wichtige Produktionsmittel vor der Zerstörung durch Ausweitung der Arbeitslosigkeit zu schützen. Solchen ersten Bedenken sich zu verschließen, wäre nationalwirtschaftlich gedacht Selbstzerstörungswahn. Daher fällt auf alle die, die es auch nur unterlassen, gegen die Severingschen Pläne vorzugehen, schwere und ernste Verantwortung.“

Also mindestens die Deutschnationalen werden im Reichstag einen Vorstoß unternehmen und sie hoffen dabei auf die Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien, darunter auch solchen, die in der Reichsregierung vertreten sind. Das wird dann eine ganz interessante Auseinandersetzung werden, bei der durch Tatsachen belegt werden kann, daß es höchste Zeit ist, daß die Technische Nothilfe beseitigt wird.

Ein Mißerfolg der chemischen Industrie in Bruchsal

Der Verband der Fabrikarbeiter wird uns geschrieben: „Wie einzelne Arbeitgeber die gesetzlichen Bestimmungen und die Arbeitsvertragssprechung beachten, dafür bietet die Vorgänge bei der Firma Gebr. Kasperl, Farbenfabrik, Bruchsal, ein treffendes Beispiel. Am 12. Mai 1928 wurde von dieser Firma einem Betriebsratsmitglied gekündigt und es am 18. Mai entlassen, ohne daß der Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hätte. Das Arbeitsgericht Bruchsal hat durch zwei Urteile festgestellt, daß das Arbeitsverhältnis des Klägers fortbesteht, und daß die Firma verpflichtet ist, dem Kläger den Lohn weiterzubahlen, da die nach § 96 Absatz 1 des BGB. erforderliche Zustimmung des Betriebsrats zur Kündigung des Klägers nicht vorlag. Bereits im ersten Termin vor dem Arbeitsgericht drohte der Betriebsinhaber mit der Stilllegung des Betriebs, wenn der Prozeß nicht zu seinen Gunsten entschieden würde und weigerte sich bis zum letzten Augenblick, das Betriebsratsmitglied weiter zu beschäftigen, obwohl der Kollege nur seine ihm durch das Betriebsratsgesetz vorgeschriebenen Aufgaben im Interesse seiner Mitarbeiter erfüllt hatte. Dem Betriebsinhaber war aber das Betriebsratsgesetz ein Buch mit sieben Siegeln, er hatte angeblich keine Zeit, sich mit diesem Gesetz zu befassen, so daß ihm der Vorstoß des Arbeitsgerichts laien müssig, er solle sich zunächst einmal die gesetzlichen Bestimmungen ansehen, ehe er sich um Arbeitsgerichts komme. Anfole der haren Rechtslage erfolgte in beiden Fällen die kostenfällige Revertierung der Firma. Sie stellte aber den Kläger nicht wieder ein, sondern zahlte ihm nur den Lohn aus. Nun wurde fortgesetzt auf den Betriebsrat und die einzelnen Arbeiter einwirkend, mit dem Ziel, das Betriebsratsmitglied aus dem Arbeitsverhältnis herauszubringen. Es wurden sogar Lohn erhöhungen versprochen, die inzwischen auch mit 1 und 2 Pfennig pro Stunde gewährt wurden. Der Betriebsrat und die Belegschaft hatten sich bis zum 22. September beharrlich geweigert, die Zustimmung zur Entlassung des Betriebsratsmitglieds zu geben. Nun machte die Firma ihre Drohung mit der Betriebsstilllegung wahr und stellte am 22. September 1928 den Stilllegungsantrag und zwar nur für einzelne Abteilungen, in denen ein Betriebsratsmitglied beschäftigt ist. Was vorher nicht zu erreichen war, wurde nun zur Tatsache. Unter dem Druck der drohenden Arbeitslosigkeit gaben zwei Betriebsratsmitglieder die Zustimmung zur Entlassung ihres dritten Kollegen. Derselbe erhielt am 28. September seine Kündigung von der Firma, die hier im Wortlaut wiedergegeben sei: „Im Einvernehmen mit dem Betriebsrat haben wir beschlossen, Ihnen per 5. Oktober 1928 die Kündigungsansprüche auszusprechen. Wir haben uns dem Betriebsrat gegenüber verpflichtet, Ihnen eine Arbeitsstelle zu belegen, wo Sie mindestens bis zum 1. April 1929 ununterbrochen arbeiten können. Gehalten uns dies nicht, so erhalten Sie von uns höchstens bis zum 1. April 1929 die Differenz zwischen der Arbeitslosenunterstützung und dem bisher bezogenen Lohn.“

Wir bitten Sie, uns den Betrag Ihrer Arbeitslosenunterstützung mitzuteilen, damit wir uns die Differenz erzeugen können. (Unterschrift.)

Am Tage vorher hatte die Firma den Stilllegungsantrag bei der aufhebenden Behörde zurückgezogen. Das Ziel, die Entlassung des Betriebsratsmitglieds war ja erreicht. Aber nicht nur diese Vorgänge fordern eine öffentliche Behandlung, sondern auch die Betriebsverhältnisse, soweit der Arbeiter in Frage kommt, müssen von der Gewerbeaufsicht einer näheren Kontrolle unterzogen werden. Die Arbeiter der Farbmillie, die keinerlei Abwandlung vorfindet, müssen unter erschwerten Umständen arbeiten und werden durch den Farbstaub in ihrer Gesundheit stark gefährdet. Der Betriebsleiter verlangt weiter, daß sie das Bleiweiß ohne Schutzmaske abfüllen sollen. Ferner ist die Badeeinrichtung so mangelhaft, daß schon seit längerer Zeit eine Abänderung verlangt wurde, ohne daß dies bis jetzt nachgekommen wäre. Arbeitern, die diese und andere Vorgänge ihrer Organisation mitteilen, droht man mit der Anzeigebewehrung beim Staatsanwalt, während die Firma alle Urteile, sich selbst erst einmal an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten; aber um diese zu umgehen, ist jedes Mittel recht. Auf jeden Fall werden wir uns mit diesem „Mißverhältnis“ noch weiter beschäftigen, weil anscheinend alles zum Streiken und Verhandeln nichts nützt. Für die Arbeiter ist aber aus diesen Dingen die Lehre zu ziehen, sich nicht durch falsche Drohungen einschüchtern zu lassen, sondern sich das Recht auf menschenwürdige Behandlung und Entlohnung nicht verteidigen zu lassen. Eins und eines soll die Arbeiterschaft sein!

3. Kongress des AfA-Bundes

SPD. Hamburg, 4. Okt. (Ein. Drabth.) Der AfA-Kongress führte am Donnerstag nachmittag seine Beratungen zu Ende. Vorkongress wurde die Aussprache über die Referate von Frelbe und P. Firmann über das Anstelltenrecht der Seeleute abgehandelt. Abhandlung vom Verband der Kapitäne und Steuerleute dankte dem AfA-Bund, daß er Gelegenheit dazu gegeben habe, einmal das Recht der Seeleute vor aller Öffentlichkeit zu behandeln. Petrovski vom Verband Deutscher Schiffsingenieure betonte ebenfalls, daß die Rückständigkeit in der Sozialgesetzgebung für die Seeleute auf dem Kongress genügend dargestellt worden ist. Jetzt ist es erforderlich, daß die Initiativen des AfA-Bundes anders gehandelt werden. Die Konzentration der Handwerkskammer ist gerade in Deutschland außerordentlich stark. Das bedeutet, daß eine große Arbeitergruppe von nur ganz wenigen Arbeitgebern abhängig ist. Wir wehren uns nicht gegen die Rationalisierung im Schiffsbetrieb. Wir verlangen aber, daß bei aller Rationalisierung Leben und Recht der Seeleute nicht zu kurz kommen. Damit war die Aussprache über das Anstelltenrecht der Seeleute beendet. Anschließend wurden die Leitlinie für ein Arbeitsvertragsrecht der Kapitäne und Schiffsbesitzer, die im wesentlichen die bereits in den Referaten vorgelegten Forderungen zusammenfassen, einstimmig angenommen.

Der Kongress nahm dann noch zwei Referate, eines von L. L. Berlin über die Konsumgenossenschaften und eines von P. L. Berlin über die Demos entgegen. Die Konsumgenossenschaften, betonte L. L., wollen nicht in erster Linie Waren verkaufen, sondern Menschen gewinnen. Dabei können ihnen die Gewerkschaften helfen. Notwendig ist aber nicht nur die Mitgliedschaft überhaupt, sondern auch die Einbindung des Bedarfs der Mitglieder bei der Konsumvereinen. Hier spielen die Frauen eine besonders wichtige Rolle. Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist im Grunde eine Frauenfrage. Die Genossenschaften können im Kampf mit der privaten Konkurrenz natürlich nicht Löhne zahlen und Arbeitsverhältnisse schaffen, in einer Form, so daß die Arbeiter und Angestellten der Genossenschaft überhaupt keine Wünsche mehr zu äußern brauchen. Trotzdem bleibt zwischen dem Privatbetrieb und dem Genossenschaftsbetrieb immer noch ein sehr großer Unterschied. Der Begriff des alteren Angestellten zitiert s. B. nur für die Privatwirtschaft. Der Genossenschaftsbetrieb kennt ihn nicht. Wer sein Leben lang für die Genossenschaft gearbeitet hat, wird im Alter nicht auf das Pfaster geworfen. L. L. dankte dem AfA-Bund, daß er trotz seines großen Kongressprogramms doch noch die Wohnungsfrage

auf die Tagesordnung gesetzt hat. Ueber die Bedeutung der Wohnungsfrage, führte L. L. aus, ist kein Wort zu verlieren. Gesunde Wohnungen sind so notwendig, wie gesunde soziale Gesetz. Das Wort einer Sozialbeamtin: Man kann die Menschen mit einer schlechten Wohnung ebenso töten wie mit einer Axt, trifft den Nagel auf den Kopf. Die Kernfrage ist: wie geht man den Wohnungsnot zu Leibe? Wie finanziert man den Wohnungsbau? Wir müssen auf 10 Jahre hinaus pro Jahr 250 000 Wohnungen bauen. Das ist gebaut werden können, hat das Vorjahr gezeigt. Die Kosten für diese 250 000 Wohnungen in Höhe von 2 1/2 Milliarden fallen sich durch eine gerechtere Erhebung der Haussteuer und durch eine Herabsetzung der Gelder der sozialen Institute wie z. B. der Reichsversicherungsanstalt, sehr wohl decken lassen. Auch der gemeinnützige Wohnungsbau ist ein Stück Arbeiterbewegung. Demog ist die gewerkschaftliche Fürsorgegesellschaft. Sie wurde nach der Inflation mit einem Kapital von 50 000 M ins Leben gerufen. Heute beträgt ihr Kapital eine Million, das der Gagab 4 Millionen. Sie hat bis jetzt über 10 000 Wohnungen fertiggestellt. Die Hälfte davon wird von Angestellten bewohnt. Das ist eine ganz erhebliche Leistung zu 13 Orten des Reiches hat sie Tochtergesellschaften, und an zwei Orten (Hamburg und Dresden) besondere Zweigstellen. Auf dem Gebiete des Wohnungsbaus zeigt die Demog durch ihre Erfolge überaus drastisch, was die Organisierung der Konsumvereine für die Arbeiterbewegung bedeutet. In der Abstimmung wurde in Vorbereitung mit einem Vorstoß des Bundesvorstandes der Antrag des AfA-Organisations Ausschusses, der den Einfluss des AfA-Bundes in den Organen der Gagab zu verstärken einstimmig abgelehnt. Die Entschlüsse zur Wohnungsfrage und zum Genossenschaftswesen, die wesentlichen die Bekämpfung des Linnedes und Langes zusammenfassen, wurden einstimmig angenommen. Damit war die Tagesordnung erledigt. In seinem Schlusswort wies Aufhäuser darauf hin, daß der AfA-Bund eine historisch bedeutende Tagung hinter sich habe. Von Kongress zu Kongress geht es aufwärts. Die Analysen Leberers und Sulbs zeigen, daß für die Arbeiterschaft heute die Erinnerung an das Vermächtnis von Karl Marx erneut lebendig gemacht werden muß. Keine falsche Harmonieblase, sondern klare Kampffront. Die Arbeiterschaft bewegt sich heute ungefähr da, wo die Arbeiterbewegung vor 30 bis 40 Jahren stand. Wir hindert aber gewisse, deutlich zu werden, weil nur so uns die Angestellten verborgen können. Mit einem Blick auf die Internationale Arbeiterbewegung und dem Gelang der Internationale wurde der 3. AfA-Kongress geschlossen.

Streits in Polen

Warschau, 5. Okt. In Lodz begann der allgemeine Streik der Textilarbeiter, nachdem die Anknüpfungen der Forderungen auf 20 Prozent Lohnerhöhung kategorisch abgelehnt haben. Der Streik wird solidarisches von sämtlichen Verbänden geführt und umfasst bereits 40 000 Arbeiter. Die Arbeiter des Kohlenarbeitergebietes von Dombrowa und Krakon haben beschlossen, die Arbeit niederzuliegen. Auch hier konnte keine Einigung zwischen den Anknüpfungen und der Belegschaft über das Erhöhen der Lohnen erzielt werden. Der Vollauschuss des polnischen Gewerkschafterverbandes wird zu bestimmen haben, an welchem Tage der Streik beginnen soll.

Nachtrag der Rechtsanwaltsangelegenheiten

Die im Zentralverband der Angestellten vereinigten Rechtsanwalts- und Konsumvereine hielten am 11. Oktober 1928 in Hannover ihre Reichskonferenz ab. Die Anwalts- und Konsumvereine gehören zu den Arbeitergruppen, deren Rechtsverhältnisse am unbedeutendsten geregelt sind. Nur wenige und am größten Teil unzureichend angeordnete gesetzliche Bestimmungen finden auf ihre Dienstverhältnisse Anwendung. Das Betriebsratsgesetz kommt für sie nicht in Betracht, weil die Anwalts- und Konsumvereine regelmäßig Zwergebetriebe sind. Auch die Tarifgesetzgebung hat nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung für diese Angestellten erlangt, weil die überwiegende Mehrheit der Anknüpfungen zu den leidenschaftlichsten Gegnern des Tarifvertragsgedankens gehört. Der Deutsche Anwaltsverein ist in dieser Beziehung gegen Abbruch von Tarifverträgen für Anwaltsangehörige führend. In neuester Zeit ist diese Spitzenorganisation der Rechtsanwältinnen sogar zu einem Angriff auf den Abstammungstag übergegangen. Obwohl sie sich nur als reine „Standsorganisation“ betrachtet und es ablehnt, als Arbeitgeberverband bezeichnet zu werden, fordert sie dem Reichstag die Bestimmung der Abstammungstages für die Rechtsanwalts- und Konsumvereine.

Der gewerkschaftliche Kampf um eine Verbesserung der Arbeits- und Gehaltsbedingungen ist darum in kaum einer Arbeitergruppe dringender; aber er ist auch gegen keine Arbeiterschaft schwieriger als gegen die deutschen Rechtsanwältinnen. Die Lösung der wirtschaftlichen Lage der Anwaltsangehörigen erreicht werden kann. Die großen Widerstände werden nur überwunden werden, wenn die Angestellten einmütig auf der freigeberischen Grundlage des Zentralverbandes der Angestellten für ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Forderungen kämpfen.

Aus der Stadt Durlach

Der Textilarbeiterstreik in Lodz hat sich nun auch auf die umliegenden Textilstädte ausgebreitet. Insofern haben bisher 70 000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Ministerpräsident Barthelemy hat die Vertreter der Lodzer Textilindustriellen zu einer Botsprechung eingeladen.

ber Vorliegende Bericht über die Tätigkeit des Aufsichtsrats im verflochtenen Geschäftsjahr. An die Referate schloß sich eine rege Diskussion an, an der sich die Vertreter Wobler, Dorner, Vogel, Storch, Dacklinger und Müller-Durlach und Müller-Wildermieden beteiligten. Vom Vorsitzenden, Genosse Dahn, und dem Geschäftsleiter wurden die einzelnen Wünsche bzw. Anregungen beantwortet und Befriedigung zugesagt. Alles in Allem genommen kann ohne Ueberechnung gesagt werden: Der Stand des Konsumvereins Durlach ist ein äußerlich glänzender. Sein gegenwärtiges Wirken im Bereich des Verbrauchers zeigt die preisregulierende Tätigkeit, die er allerorts ausübt. Diese gegenwärtige Wirkung seiner Tätigkeit wird in noch viel höherem Maße in Erscheinung treten, wenn alle Verdiensttätigen sich der Genossenschaft anschließen und als treue Mitglieder betätigen würden.

Bestandteile: Georg Schöblich, Verantwortl. Redakt. Preisblatt Baden, Volkswirtschaft, aus aller Welt, letzte Nachrichten; E. Grunewald, Bad. Landtag, Gewerkschaftsblatt, Aus der Welt, kleine heftige Chronik, Aus Wirtschaft, Durlach, Berichtsjahr, Konsumvereine, Sozial. Nachrichten, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Briefkasten, Josef Elfer. Verantwortl. für den Druck: Carl Müller, Druck. Carl Müller, Druck. Carl Müller, Druck. Carl Müller, Druck.

„Nur noch“ Bönninger Tabake Arnold Bönninger, Duisburg

Sinner-Bier der allgemein bevorzugte Stoff! Sinner-Liköre

Gerichtszeitung

Hinter den Kulissen des Landestheaters

Im Karlsruhe, 5. Okt. Vor dem Einzelrichter beim Amtsgericht (Amtsgerichtsrat Stritz) kam heute die Privatbeleidigungssache des Chefs des Kaufmanns Karl Weidenannt gegen den Oberregisseur vom Badischen Landestheater, Otto Krauß, zur Verhandlung. Die Anklage beschuldigte ihn, am 10. April ds. Js. abends zu mehreren Kolleginnen, die sich im Foyer hinter der Bühne während einer Aufführung unterhielten, gesagt zu haben: „Ihr Schweine, was macht ihr denn da oben?“ Verfügte der Richter, eine vergleichsweise Erledigung des Falles durch Zahlung einer Verzeihungserklärung seitens des Angeklagten. Der Beklagte, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. F. H. K. K. K., führt zu dem Sachverhalt u. a. an, daß an jenem Abend im Landestheater eine Aufführung von Gounods „Margarete“ stattfand, in der der berühmte Sänger Georges Gallanoff auftrat. Während dieser Vorstellung befanden sich die Damen, die die Beleidigung angeblich gehört haben wollten, auf einem vorbereiteten Podest auf der Hinterbühne auf, wo sie sich unterhielten und miteinander flüsternten. Drei der Damen lagen auf einem Chaiselonge. Er habe sich auf einem Injektionsgang befunden und Geflüster und Schreie direkt hinter der Szene gehört. Er habe daher lediglich im leisen flüsternden Tone gefragt, was da los sei. Der Ausbruch „Schweine“ sei von ihm nicht gebraucht worden, er könne überhaupt nicht zu den Ausbrüchen, die ihm geflüstert seien. Unter den Damen befand sich auch die Privatfliegerin, die selbst ausbit, die Besetzung „Schweine“ aus dem Munde des Oberregisseurs nicht gehört zu haben. Eine andere Kollegin, befunden unter Eid, daß sie wohl gehört habe, daß der Beklagte etwas zu ihnen sagte; sie habe ihn aber nicht verstanden. Eine als Jungin geborene Sängerin, die gleichfalls dabei war und gleichfalls Strafantrag zwecks Erhebung einer Privatklage wegen Beleidigung gestellt hatte, erklärte unter Eid, sie habe sich mit den anderen Damen hinter der Bühne aufgehalten, um den Sänger zu hören. Pöbellich sei der Beklagte aufgeleiert, und habe gefragt: „Ihr Schweine, was macht ihr denn da oben?“ „Darum sei sie erstarrt gewesen.“ Die folgenden Tage habe es ein Getöse gegeben und von verschiedenen Seiten sei gemurmelt worden, daß der Beklagte die Kolleginnen schon gemenschelt hätte. Hierzu werden der Amtsbeifuge beim Theater und

der Repetitor vernommen, beide haben jedoch weder von Oberregisseur Krauß noch von anderer Seite gehört, daß dieser die Damen mit „Schweine“ tituliert habe. Die vorerwähnte Zeugin führte dann noch an, in der Kantine und hinter der Bühne gebe es a e i d e u t l i g zu. Auf die Frage des Richters, ob sie so schnell enttäuscht sei, wie es den Anschein erwecke, erwidert sie: „Ja, natürlich!“ Außer ihr hat merkwürdigerweise kein Mensch in Karlsruhe die beleidigende Äußerung des Oberregisseurs gehört. Die Zeugin hatte den Eindruck, daß seit dem 10. April das ganze Personal über sie geflüstert habe. Intendant Dr. W. a. a. g. befand, daß er an jenem Abend mit Oberregisseur Krauß nicht über den Vorfall gesprochen habe. Der Vertreter der Privatfliegerin verlangte Verurteilung wegen Beleidigung, während Rechtsanwalt Ingenhoff auf Freisprechung plädierte.

Das Gericht sprach Oberregisseur Krauß frei. Die Privatfliegerin hat die Rollen zu tragen. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Es war zu entscheiden, ob der Beklagte die Beleidigung ausgesprochen habe. Hierüber wurde Beweis erhoben. Der Beweis wurde nicht so einwandfrei erbracht, daß sich das Gericht davon überzeugen konnte, daß der Beklagte die beleidigende Äußerung getan habe. Lediglich eine Zeugin will die Beleidigung gehört haben, während andere sie nicht gehört haben. Auf Grund dieser einen Aussage konnte nach Ansicht des Gerichts eine Verurteilung nicht eintreten, weil es Zweifel hat, ob der Beklagte den Ausdruck „Ihr Schweine“ wirklich gebraucht hat. Der Beklagte hat im Flüsterton gesprochen, so daß sich Zweifel erheben, wie seine Äußerung wirklich gedeutet hat. Wenn die Beleidigung wirklich gefallen wäre, so hätten sie auch die anderen Damen hören und verstehen müssen. Die Belastungszeugin hat einen etwas voreingenommenen und überempfindlichen Eindruck gemacht; sie hat vielleicht geglaubt, die Beleidigung gehört zu haben. Es konnte auch kein Beweis erbracht werden, daß zur Anwendung der beleidigenden Äußerung Anlaß und Gelegenheit gegeben gewesen wäre. Die Erklärung des Angeklagten, daß er derartige Äußerungen nie im Dienst gebraucht, wurde nicht widerlegt. Der Beweis darüber, daß hinter der Beleidigung ein alibidierender Abend wegen der Sache gefeiert worden sei, ist ebenfalls ins Wasser gefallen. Somit mußte der Angeklagte mangels ausreichenden Beweises freigesprochen werden.

(Die Fäher wegen fabriklischer Fölung verurteilt.)

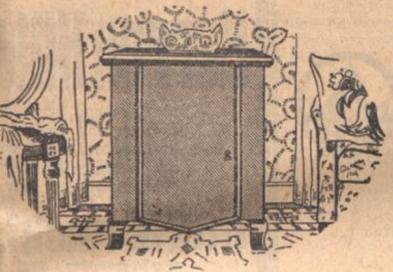
Im Karlsruhe, 3. Okt. Vor dem Schöffengericht (Vorständiger Amtsgerichtsrat Dr. Kohler) fanden heute der Fahrlehrer Kauf-

mann Ernst Rubin und der Mechanikermeister und Fahrlehrer Simon Zeit, beide aus Bretten, unter der Anklage wegen fabriklischer Fölung. Gegenstand der mehr als siebenstündigen Verhandlung bildete ein tödlich verlaufener Autounfall, der sich am 1. Juni dieses Jahres an der Ecke Ettlingerstraße-Beierlebeimer Allee zugetragen hatte. Rubin unternahm mit seinem Fahrlehrer an diesem Tage seine vierte Lehrfahrt im Auto. Er selbst steuerte, während der Fahrlehrer Zeit neben ihm am Steuer saß. Beide waren mit dem Auto von Bretten gekommen. Der Wagen, der dem Angeklagten Zeit gehörte, hielt auf der Kreisstraße kurz vor der Einmündung der Karl-Friedrichstraße wegen der elektrischen Straßenbahn. Rubin fuhr wieder an und zwar mit mäßiger Geschwindigkeit und wollte nach dem neuen Bahnhof fahren. Nachdem er den Wagen angefahren hatte, befand sich der 42 Jahre alte Reisende Andreas Gerhardt vor dem Auto. Er wurde an- und umgefahren. Zuerst wurde er vom linken Borderrad des Wagens und dann vom Hinterrad überfahren. Er erlitt schwere Verletzungen und ist in der Nacht vom folgenden zum übernächsten Tage im neuen Bingenstranfrankenhaus an den erlittenen schweren Verletzungen gestorben. Die Sachverständigen-Gutachten ergaben, daß er an seiner Krankheit litt, die den Tod an diesem Tage verursacht haben könnte, sondern daß der Unfall die Todesursache gewesen ist. Darüber, daß Gerhardt von dem von den Angeklagten gefahrenen Wagen überfahren worden und an den dabei erlittenen Verletzungen gestorben ist, ergab sich in der Beweisaufnahme kein Zweifel, so daß also ein fabriklischer Verschulden der Angeklagten vorliegt. Der Staatsanwalt plädierte auf Verurteilung zu einer angemessenen Freiheitsstrafe. Das Gericht entsprach diesem Antrage und erkannte gegen Rubin auf eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen und gegen Zeit auf eine solche von zwei Monaten.

Letzte Nachrichten

Verfassungsankündigung in Cinha

London, 6. Okt. (Kundendienst.) In Cinha ist die neue Verfassung verkündet worden. Oberstes Staatsorgan ist der exekutive Yuan. Der gesetzgebende Yuan, der aus 49 bis 99 Mitgliedern besteht, wird von der Regierung ernannt. Die Regierung setzt sich aus 12 bis 16 Staatsräten zusammen.



Waren Sie schon auf der Ausstellung 'Küche u. Haus'?

Sie müssen sich unbedingt die neue vielbewunderte KAYSER-Kabine-Nähmaschine ansehen! Prachtvolles Möbel — **konkurrenzlos günstiger Preis** — Vorführung sämtlicher Stückarbeiten auf der Maschine. **Stüppunterricht kostenlos**. — Bei Kauf während der Ausstellung besondere Vergünstigungen.

KAYSER

Vertretung in Karlsruhe: **Kaisersstraße 172** bei der Hirschstr. **Franz Mappes**

Konsumverein Durlach und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit d. Haftpl.

Silberkraut

ist eingetroffen, dasselbe kann auch bei uns eingekauft werden.

Ferner schöne gelbe **Industriekartoffel** um äußeren Tagespreis

Nachdem ab Montag **Schönes Mostobst** saure Äpfel, sowie **Schweizer Birnen** zu billigen Preisen

dasselbe kann gleichzeitig bei uns geliefert werden. 1611

er Vorhand.

Samariterinnen und Arbeiter

leisten die erste Hilfe und zwar mit

— Wundschutz LeMaRa — dem flüssigen Heftpflaster, da dieses desinfizierend wirkt und die Wunde luftdicht abschließt. 6501

1 Originaltube nur 50 Pfg. Alleinstück-Größelieferanten für Baden und die Pfalz:

Gebr. Renner, Karlsruhe i. B.

In allen einschlägigen Geschäften zu haben

Kassatter Anzeigen

Kleingarten-Verpachtung

Die Pachtzeit für sämtliche Kleingärten ist in diesem Jahre abgelaufen und werden dieselben auf weitere 3 Jahre verpachtet. Eine Kommission ist beauftragt, die Gärten zu begeben. Die Pächter haben an Ort und Stelle anzugeben, ob sie die Pacht zu erneuern wünschen. Bei Nichterweilen wird angenommen, daß der Garten anderweit verpachtet werden kann.

Die Begebung findet jeweils nachm. 2 Uhr statt und zwar:

- a) am Dienstag, den 9. d. Mts. für die Gärten am Rheintor, Jag und Rüterberg — Anfang am Rheintor.
- b) am Mittwoch, den 10. d. Mts. für die Gärten des Schwalbenroins — Anfang an der Eisenbahnbrücke.
- c) am Donnerstag, den 11. d. Mts. für die Gärten der Murgstraße und hinter der Friedrichstraße — Anfang Murgstraße.
- d) am Freitag, den 12. d. Mts. für die Gärten hinter Station 12 und Kumpelbura — Anfang bei Station 12.

Die Begebung der bei der Begebung frei bleibenden Kleingärten erfolgt erst Anfang November d. S. Weitere Kleingärten-Liebhaber wollen sich deshalb auf Zimmer Nr. 11 des Rathhauses melden.

Kassatt, den 5. Oktober 1928.

Der Oberbürgermeister: **S. W. Gösmann**.

HAMBURG AMERIKA LINIE

HAMBURG 1.

Nach **Nord-, Mittel- und Süd-AMERIKA, KANADA**

und allen Häfen der Welt

Alljährliche Veranstaltung von Vergnügungs- u. Erholungsreisen zur See

Vertretungen an allen größeren Plätzen.

Vertreten durch **E. P. Hieke** Karlsruhe Kaiserstr. 215 bei der Hauptpost



Wirtschafts-Übernahme.

Weinen werten Freunden, Bekannten und Önnern teile ich mit, daß ich mit dem heutigen die **Wirtschaft zum Möhle** Granwinkel, Turmesheimer Straße 85 nach vollständiger Renovierung übernommen habe. Für prima kalte und warme Speisen, ff. Zimmer Bier, sowie Weine ist bestens gesorgt. Zur Eröffnung großes Schmaifest. **August Fuhs**.

Fährbetrieb über das Altwasser bei Rappenswörth

Die Landesbauverwaltung Karlsruhe hat um Verleihung des Rechts zur Uebertragung von Personen über das Rheinalt- wasser nördlich des Rappenswörth und zur Errichtung von Anliegestellen nachgelehrt.

Das Nähere erstatte ich aus der Beschreibung und den Plänen, die während einer Frist von zwei Wochen vom Ablauf des Tages an gerechnet, an welchem das diese Bekanntmachung enthaltende Blatt ausgegeben ist, zur Einsicht auf dem Rathaus in Karlsruhe offen liegen.

Einwendungen gegen das beschriebene Unternehmen sind binnen der oben bezeichneten Frist beim Bezirksamt oder beim Herrn Oberbürgermeister geltend zu machen, widrigenfalls die nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als ausgeschlossen gelten. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 1. April 1913, betr. die Abänderung des Rappenswörthes (Ges. u. R. D. Bl. 1913 Seite 233), kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Gewässern bearbeiteten Rechte namentlich als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten sind, und daß daher auf solche Rechte sich stützende Einwendungen, falls sie innerhalb der zweiwöchigen Frist nicht vorgebracht werden, ebenfalls als ausgeschlossen gelten. 1355 Karlsruhe, 26. Sept. 1928. D. 3. 93. Badisches Bezirksamt, Abteilung IV.

Gesuch der Fa. Rogel & Bernheimer in Maxau um bau- und gewerkschaftliche Genehmigung zur Errichtung eines Kochererbäudes und zur Aufstellung eines Zeltplatzes auf ihrem Anwesen in Maxau.

Die Firma Rogel & Bernheimer in Maxau, hat um bau- und gewerkschaftliche Genehmigung zur Errichtung eines Kochererbäudes und zur Aufstellung eines Zeltplatzes auf ihrem Anwesen in Maxau nachgelehrt. Etwasige Einwendungen gegen dieses Unternehmen sind binnen 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung ab gerechnet, beim Bezirksamt oder beim Bezirksamt anzufragen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als veräußert gelten.

Pläne und Beschreibungen des Unternehmens liegen während obiger Frist von 14 Tagen im Bezirksamt, Zimmer Nr. 26, und beim Bürgermeisterrat zur Einsicht offen. 1356 Karlsruhe, 3. Okt. 1928. D. 3. 94. Badisches Bezirksamt, Abteilung IV.

Offenburger Anzeigen

Bergerlands- und Betriebsaufnahme.

Am 10. Oktober d. J. findet in hiesiger Stadt wieder eine Bergerlands- und Betriebsaufnahme für die Zwecke der Reichsfeuerungsverwaltung statt. Den Wohnung- und Betriebsinhabern sowie den Hausbesitzern oder deren Vertretern werden in den nächsten Tagen durch Polizeibeamte Haushaltungslisten, Betriebsblätter und Sanislisten ausgestellt werden, welche nach der angegebenen Anleitung auszufüllen sind. Die ausgefüllten Haushaltungslisten und Betriebsblätter sind sodann bis spätestens 15. Oktober dem Hausbesitzer oder dessen Vertreter zu übergeben. Dieser hat sämtliche Haushaltungen und Betriebe seines Grundstücks bis zum 18. Oktober in die Sanisliste einzutragen und die Eintragung zu bezeugen. Die ausgefüllten Listen werden vom 19. Oktober ab bei den Hausbesitzern wieder abgeholt werden. (Sie sind also nicht, wie auf der Sanisliste steht, bei der Gemeindebehörde abzugeben.) Listen, welche bis zum 30. Oktober nicht abgeholt worden sind, sind unverzüglich auf der Polizeiwache (Kornstraße 4) abzugeben. 1349

Um Beantragungen möglichst zu vermeiden, wird um sofortige Ausfüllung der Sanislisten dringend ersucht. Für Steuerarten, welche infolge unvollständiger Ausfüllung der Haushaltungslisten nachträglich ausgestellt werden müssen, wird eine Gebühr erhoben.

Die Erfüllung der den Wohnung- und Betriebsinhabern sowie den Hausbesitzern obliegenden Verpflichtungen kann nach § 202 der Reichsabgabenordnung mit Geldstrafe erzwungen werden.

Offenbura, 1. Oktober 1928.

Der Oberbürgermeister

Wir empfehlen:

ml. Ochsenfleisch d. Pid. -98, b. 2 Pid. d. Pid. -95
 Geflügelfleisch das Pid. -68 bis -74
 Rindfleisch, l. Qualität d. Pid. 1.26
 Schoß ohne Knochen Rindskoteletts d. Pid. 2.-
 Lamm ohne Knochen d. Pid. 2.20
 Schweinefleisch, frisch d. Pid. 1.10
 Filder-Sauerkraut d. Pid. -25
 Schinken gek. 1/2 60 Pfg. Kpakauser 1/2 25 Pfg.
 Ia Mettwurst 1/2 45 Pfg. Schwarzenmaggen 1/2 25 Pfg.

Ia. Ochsenmaulsalat 1/2 Pid. -25

Kronenstr. 33 **Gebr. Hensel** Sollenstr. 99
 Amalienstr. 23 **Gebr. Hensel** Rudolfstr. 28

Anlässlich der Herbstwoche findet am **Samstag, den 6., Sonntag den 7. und Montag, den 8. Oktober** eine **große Ausstellung des Feinwurmkurles** der **Karlsruher Metzgerinnung** im unteren Saale des Kaffee Nowack statt.

Geöffnet von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr

Karlsruher Familienkrankenpflege

Sehr gut erhaltener Kinderliegewagen in neuem überaus gangbaren Zustand zu verkaufen. Preis 44 1/2 2 Stk. **Hardstr. 68, L. rech. 8**

Kinderliegewagen **Augen!** lassen nach, wenn Sie nicht gepflegt werden. **Fochtenberger Kölnischwasser** ist seit mehr als hundert Jahren ein bewährtes Mittel zur Erhaltung der Schönheit. **RM. 0.80, 1.25, 2.20** Prospekt in einschläg. Geschäften.

Pelzmäntel, Pelzjacken

kaufen Sie am billigsten beim **Kürschner NEUMANN**

Erbsprinzenstr. 3 **Telephon 5019**

Telzahlung gestattet / Enormes Lager, größte Auswahl

WOHLFEILE WOCHEN

Dieser Verkauf in allen Abteilungen, mit dem wir die Herbstsaison einleiten geht Samstag zu Ende u. darf von Ihnen im eigenen Interesse nicht übergangen werden. Ein Vergleich des Gebotenen mit den Preisen überzeugt von den Vorteilen dieser Gelegenheit. Einige Beispiele:

Neu eingetroffen:	
Backfisch-Mäntel	von 12.50 an
Tanz-Kleidchen	von 9.75 an
Damen-Mäntel	von 19.50 an
Woll-Kleider	von 10.50 an

Wollwaren	
Damen-Westen reine Wolle, sparte Muster u. Farben	7.50
Damen-Pullover mit Kragen u. Gürtel, große Auswahl	8.75
Damen-Strickkleider Pullover, mod. kemur, Rock, uni	17.50

Strümpfe	
Damen-Strümpfe feinst. Seldentl. m. 4fach. Sohle, schwarz u. in viel. Farb. P.	1.75
Damen-Strümpfe künstl. Wäsche, seide, platt., große Farbauswahl	1.95
Damen-Strümpfe künstl. Wäsche, seide l. uns. bkant groß. Farbensort. P.	2.75

Damen-Hüte	
Jugendl. Filz-Hüte mit Bandgarnitur	6.50 5.50 4.20
Schöne Filzhüte für Frauen mit Bandgarnit.	9.50 7.50 5.50
Moderne Samthüte schwarz u. farbig	7.50 5.80 3.50

KNOPF

Schuh-Waren			
Schnallen-Stiefel, Kamelhaar-Art Gr. 36-42 30-35 24-29 18-23	3.25	2.75	2.45 1.85
Warme Hausschuhe Gr. 36-42	2.50	1.75	1.25 0.95
Kinder-Schuhe schwarz und farbig Gr. 31-35 27-30 23-26 20-22 18-19	6.90	5.90	3.95 2.95 2.65
Große Posten Damenschuhe schwarz, farbig, Lack, moderne Formen	13.50	11.50	9.75 7.90 5.90
Herrenschuhe in befand. groß. Ausw. Halbschuhe Lack u. braun	14.75	Straßen- u. 12.75 Sportstiefel	
Halbschuhe schwarz u. braun	9.75		

Am Sonntag, den 7. Oktober 1928 ist unser Geschäft nachmittags von 3-6 Uhr geöffnet!

Hermes Bruch-Heilung

Die glänzenden Erfolge unserer operativen Heilung sind bewiesen.

Hunderte von notariell beglaubigten Bescheinigungen bezeugen die Heilung der Verletzungen. (Doppeltes Rückporto erwünscht.)

Ich kann ohne Beschwerden jede Hausarbeit verrichten und trage schon 3 Monate kein Bruchband mehr. **Dr. Carolina Sufner, Mannheim, 31. 1. 28**

Ihren zur gef. Kenntnis, daß ich seit 1912 einen Verbandsbruch hatte. Durch überanstrengende Arbeit hatte der Bruch sich schon bald langsam herausgeholt. Ich beachte nur noch 2 Spritzenstunden und der Bruch zeigt sich nicht mehr. **Frau Chr. Hügel, Pforzheim, 8. 2. 28**

Mein Bruchleiden ist durch Ihre Methode vollständig geheilt. Ich kann jetzt jede Arbeit ohne Beschwerde verrichten und gehe schon seit längerer Zeit ohne Band. Der Bruch war früher operiert, dann wieder durchgehoben, jedoch die jetzige Heilung durch Ihre orthopädische Methode besonders anerkennenswert ist. **Jacob Hoffmann, Weinheim, 28. 1. 28**

Sprechstunde unseres approbierten Vertrauens-Arzt in:

Mallat: Donnerstag, 11. Oktober, vormittags 9-1 Uhr, Bahnhofs-Hotel

Karlsruhe: Donnerstag, 11. Oktober, nachmittags 2 1/2-5 Uhr und Freitag, 12. Oktober, vormittags 9-12 Uhr, Hotel Eng, am alten Bahnhof

Pforzheim: Freitag, 12. Oktober, nachmittags 3-6 Uhr und Sonnabend, 13. Oktober, vorm. 9-12 Uhr, Hotel Pania, Bahnhofsstraße

Reichel: Sonnabend, 13. Oktober, nachmittags 2 1/2-6 Uhr, Bahnhofs-Hotel Friedrichhof

Hermes' Herzt. Institut für orthopädische Bruchbehandlung, G. m. b. H., Samburg, Esplanade 6 (Herzt. Leiter: Dr. H. V. Reher)

Leitet u. größtes ärztliches Institut dieser Art

Preis-Ausschreiben

Während des Lichtfestes veranstalten die Geschäfte

Marktplatz — Hochschule

ein

PREIS-AUSSCHREIBEN

Die Bedingungen erhalten Sie in jedem mit nebenstehendem Zeichen kenntlich gemachten Geschäfte zwischen Marktplatz-Hochschule kostenlos. — Versäumen Sie diese Gelegenheit nicht, beachten Sie die Schaufenster 678

95 Preise

1. Preis 100 Mk.

Wir verkaufen unsern in der Luisenstr. 24 stehenden

Autoschuppen

Es ist ein guterhaltener Holzschuppen der sich auch als Garten- oder Feldhaus gut eignet.

Verlagsdruckerei Volkstreuend G. m. b. H.

Wenn ein Herd?

dann nur vom Fachmann 6661

Leo Andauer Grenzstr. 10 Tel. 6975

Reparaturen — Ersatzteile — Ausmauern

Samliche Farben-Lacke

gebrauchstfertig

für Anstriche aller Art

vert. teill. i. Farbenh. Hansa

Waldstr. 15, b Colosseum

Bucherer empfiehlt

Sauerkraut Pfd. 24 Pfg.

Schwarzwälder

Dürrfleisch Pfd. 2.- Mk.

Haller

Rotwurst Pfd. 1.- Mk.

bei Bucherer

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, und für die Blumen spenden, bei dem uns betroffenen schweren Verluste sagen wir unseren allerherzlichsten Dank.

6823

Karlsruhe, 5. Oktober 1928.

Familie Paul Neureuther

Arbeiter, Angestellte und Beamte

Wählen Sie nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses der Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Allgemeinen Deutschen Arbeiterbundes u. des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, des nur der Sicherung bei dem eigenen Untergang dienenden

Volkshilfsvereins

Gewerkschaftlich - Gewerkschaftliche Versicherungs - Aktiengesellschaft

Auskunft erteilt beim Material-Verleihen kostenlos die Rechnungsstellen: Karlsruhe: Schützenstraße 16, in Mallat: Frank Peter, Blumenstr. 1; in Offenburg: Karl Reichel, Wilhelmstraße 10; oder der Vorstand der Volkshilfsvereins in Hamburg b. An der Mitter 68/69

Schlichte Mitarbeiter dankend geehrt

Während des Lichtfestes!

Großer Sonder-Verkauf

Schlafzimmer, Speisezimmer
Herrenzimmer, Küchen, Einzelmöbel

billigsten Preisen

Sehenswerte Ausstellung — Riesenauswahl.

S. Krämer

Möbel- und Bettenhaus

Karlsruhe i. B. Gegründet 1889 **Kaisersr. 30**

Am Sonntag, den 7. Oktober, sind unsere Räume von 3-6 Uhr offen

In der Preislage von

Mk. 7.50

bringen wir

Herren-Hüte

hervorragend schön in Formen und Farben. In Qualität das Beste das in dieser Preislage geboten werden kann.

Nagel Nachf.

Kaisersr. 116.

Zurückgekehrt!

Dr. med. Blümel

Facharzt für Haut- und Harnleiden und Kosmetik

Röntgen- und Lichtbehandlung

Kaisersstraße 205 Fernsprecher 4318

Dr. Neumann

Nervenarzt

zurück

Stefanienstr. 71 Fernruf 3

Zahnen der Kleinen er leichtert

Phosphocain

Zu haben in Apotheken, Drogerien u. Reformhäusern

Bestimmt i. d. international. Apotheke, Karlsruhe

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)

Geschäftsstelle (nur briefl. Anfrag.) Dannebergstr. 22, 8b. III. Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jedem Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee, jeweils v. 6-7 1/2 Uhr

Marinaden

Rollmöps
Bismarckheringe
offen und in Steril Dosen
Bratheringe
offen
Geleeheringe
in Steril Dosen
in nur besser Qualität

empfehlen! 6830

Bucherer

Die deutsche Volksschule

Ein notwendiges Stück Verwaltungsreform

Mit seiner Forderung der Schaffung eines Reichskulturministeriums hat der Reichsinnenminister Severing auf dem Gewerkschaftstreffen in Hamburg eine Frage erneut aufgeworfen, die für die Zukunft unserer Volksschule von großer Tragweite ist. Es ist vielfach umstritten worden, ob eine einheitliche Schulgesetzgebung und damit eine einheitliche Schulverwaltung eine glückliche Lösung des Wirrwarrs bedeute, der in der deutschen Schulgesetzgebung herrscht. Es ist selbstverständlich, daß eine so einheitliche Verwaltungsmaßnahme, wie sie etwa das Post- oder Eisenbahnwesen besitzen, der Eigenart eines sozialen Gebildes, wie es die deutsche Schule darstellt, nicht gerecht würde. Am der Zukunft des Deutschen Reiches als Kulturstaat willen ist aber eine einheitliche Regelung im Schulwesen notwendig, will das Reich nicht für die Zukunft auf kulturelle Führung verzichten, zugunsten einer irgendeiner gearteten, futuristisch endbegrenzten „Reimat“-Kultur eines Kleinstaatens. Politisch bedeutsam kann eine Reichschulgesetzgebung werden, wenn sie die großen demokratischen Gedanken der Bildungsfreiheit und der Bildungsmöglichkeit für jeden Einzelnen aufnimmt und die Schule zu einem Werkzeug des republikanischen Geistes und der völkerverbindenden Gesinnung macht.

Die Sozialdemokratische Partei hat schon seit langem durch die Reichstagsfraktion immer wieder die Forderung eines Reichschulgesetzes und damit eines Reichskulturministeriums erhoben. Insbesondere seit 1917 hat sie aktiv bei den Beratungen des Glubs des Reichsinnenministeriums eine große kulturpolitische Debatte herbeigeführt, die, wenn auch anfänglich widerwillig, von den anderen Parteien aufgenommen wurde. Nur auf dem Gebiete des höheren Schulwesens sind Vereinbarungen in einer Führung des Reiches zwischen den einzelnen Ländern herbeigeführt worden, die auf eine einheitliche Regelung des Schulaufbaues hinauslaufen. Diese Maßnahmen waren i. Zt. allerdings diktiert von militärischen Notwendigkeiten bei Schaffung des einjährig-französischen Dienstes.

Die Revolution und die darauf folgenden Beratungen zur Schaffung einer Reichsverfassung nahmen einen großen Anlauf! ein dem Staatenausschuß 1919 vorgelegter Entwurf lautete:

„Der Gesetzgebung des Reiches unterliegen ferner folgende Angelegenheiten: Kirche und Schule.“

Aus diesem Entwurf wurde dann der Art. 10 der Verfassung entnommen. Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundzüge aufstellen für . . . 2. das Schulwesen einseh., des Hochschulwesens und des wissenschaftlichen Hochschulwesens.“

Die Art. 142-149 der Reichsverfassung bilden nun die Grundlage des deutschen Schulwesens. Einige von ihnen dienen als sofort maßgebliche Normen bei der Schulverwaltung der Länder, im übrigen entwerfen sie schon zum weitaus größten Teil dem dort herrschenden Rechtszustand. Am Art. 143 Abs. 1 wird eine einheitliche Regelung der Lehrerbildung durch das Reich gefordert und Art. 146 Abs. 2 ein Reichsschulgesetz, das ein einheitliches Schulwesen schafft, insbesondere aber die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche regeln soll. Welche Artikel barren noch heute ihrer gesetzgeberischen Auswirkung. Unter der Leitung des Gen. Schulrat als Staatssekretär trat eine Reichsschulkonferenz zusammen, in der Richtlinien aufgestellt wurden, auf denen sich die weitere Arbeit des Reichs und der Länder aufbauen sollte. Ueber die Schaffung des Grundschulgesetzes und die Aufhebung der Volksschulen ist aber die kulturpolitische Abteilung nicht hinausgekommen.

Nach der Reichsverfassung Art. 143 Abs. 1 wirken bei der Errichtung von Schulen Reich, Länder und Gemeinden zusammen. Die vorläufige Gesetzgebung des Reiches bei dieser Mitwirkung hat die Schulgesetzgebung den Ländern zugesprochen, die ihrerseits die Befugnisse der Gemeinden und des Staates abgrenzen.

Grundlage jeder gesetzgeberischen Arbeit auf dem Gebiete des Volksschulwesens ist die Verteilung der Aufgaben der Schulverwaltung. Im allgemeinen ist der Grundsatz durchzuführen, daß das Land die persönlichen, die Gemeinde die sachlichen Kosten trägt. Diese Verteilung ist das Ergebnis eines langen Streites zwischen Staat und Gemeinden. Ursprünglich waren überall die Gemeinden die alleinigen finanziellen Träger der Volksschule. Für den Staat aber war es kein unwünschenswerter Zustand, daß den Gemeinden, die auf Grund ihrer Leistungen die Gesamtschulverwaltung innehaben, die kulturelle Zukunft des Volkes auf Gedeih und Verderben ausgeliefert war. Er sollte deshalb die staatliche Schulaufsicht ein. (Aufsicht über die Lehrtaetigkeit des Lehrers), nahm also den Gemeinden einen Teil ihrer Verwaltungsaufgaben ab. Demgemäß mußte der Staat auch in der Zukunft einen Teil der Kosten mit tragen, ohne jedoch die Gemeinde in dem Maße aus der Verwaltung zu verdrängen, wie er es auf Grund seiner Unterhaltspflicht hätte verlangen können. So haben wir heute infolge dieses Dualismus der Befugnisverteilung zwischen Gemeinde und Staat die Dreifachverwaltung: Schulunterhaltung, Schulaufsicht und Schulverwaltung im engeren Sinne.

Schulunterhaltung: Das Grundprinzip, daß der Staat die persönlichen, die Gemeinde die sachlichen Kosten trägt, ist in verschiedenen Ländern durchbrochen worden. Die württembergischen Gemeinden zahlen durchschnittlich 65 Proz. der persönlichen Kosten, die bairischen in 30 Prozent, in Baden werden die überweislichen Stellen von der Gemeinde bezahlt. In Sachsen wird die Gemeindefullkraft auf die Gemeinden des gesamten Schulbezirks umgelegt. - Württembergische Gemeinden erhalten grundsätzlich Zuschüsse vom Staat.

Die Feststellung des sachlichen Bedarfs ist nur selten gesetzlich festgelegt. Der Bedarf geht auch da nie über das allernotwendigste hinaus. Der Kampf um die Feststellung des sachlichen Bedarfs ist also in die Rathäuser verlegt, sein Erfolg ist von dem Grad der dort zufällig vorhandenen Schulfreundlichkeit abhängig.

Schulaufsicht: Die Schulaufsicht ist, nachdem die letzten Reste der örtlichen Schulinspektion beseitigt sind, vollständig in Händen der staatlichen Organe (Schulräte), die ihrerseits den Zentralbehörden (Unterrichtsministerium bzw. den Mittelbehörden) Berichtspräsident in Preußen, Kreisregierung in Bayern)

Die frühstücksbrötchen

Brötchen?

Auf Veranlassung des Badischen Bäckereiverbands (Weiterorganisation) macht z. Zt. in den badischen Zeitungen ein Artikel die Kunde, in dem bitter geflagt wird, daß den Bäckern das Arbeiten vor 5 Uhr morgens verboten ist. Den Schabernack in erster Linie die Bevölkerung und hier wieder insbesondere die Arbeiterklasse zu tragen, weil sie durch dieses Verbot vor 7 Uhr morgens keine frischen Brötchen erhalten kann. Der Zustand sei unerträglich und stehe im Widerspruch mit dem Grundsatz: „daß nur die Arbeit uns retten kann“. Wer mit seinen wirtlichen Erbarmen hat und sich als Wohlthäter des konsumierenden Publikums betätigt, indem er den gesetzlichen Arbeitsbeginn einfach übertritt, wird bestraft; im Wiederholungsfall mit Geldstrafe nicht unter 200.-. Zur Befreiung für die angebliche Unhaltbarkeit dieses Zustandes wird weiter behauptet, das dieses auch von den Bäckereifachleuten zum großen Teil selbst eingeschrieben wird. Im weiteren Verlaufe dieser Darlegungen wird auch noch den Herrn Staatsanwälten und Aufsichtsbehörden ein kleiner Wink gegeben, daß sie bei ihrer Kontrolle und strafrechtlichen Verfolgung dieser Gesetzesverletzungen den ansehnlichen Widerstand dieser Frage berücksichtigen möchten und zum Schluß wird auch noch auf die unangenehme Wirklichkeit und Notlage des Gewerbes im allgemeinen und auf die schlechten Verdienstmöglichkeiten im besonderen hingewiesen.

Der uneingesetzte Leser eines solchen Aufsatzes wird unwillkürlich zu der Meinung kommen müßen, daß wir tatsächlich in einer verkehrten Welt leben. Dem ist jedoch bestimmt nicht so. Es gab eine Zeit, wo das Baden bei der Nacht gesetzlich nicht verboten war. Wie war es damals? Für den Bäckerarbeiter begann Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr um Jahr immer wieder genau um dieselbe Zeit, wo andere Menschen ihr Schlafbedürfnis zu befriedigen pflegten, die Arbeit. Er hatte weder einen Sonn- noch einen Feiertag.

Die Bevölkerung hat schließlich keine Ahnung davon, unter welchen Umständen in jener Zeit das tägliche Brot und die schönen knusprigen Brötchen mitunter hergestellt wurden.

Alle Veruche der Arbeitnehmer und deren Verbände, diese bedauerenswerten Zustände zu beseitigen, zerfielen an dem Widerstand der Bäckereifachleute. Schließlich haben sich die Behörden und die gesetzlichen Körperlichkeiten an einem Einarriff geeinigt. Die Erkenntnis, daß die regelmäßige Nacharbeit und ihre Begleiterscheinungen die Wurzel alle Übels ist, feste sich immer mehr durch und ein gesetzliches Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit war die Folge dieser Erkenntnis. Dieser gesetzliche Eingriff in mittelalterliche Zustände gilt als die bedeutendste sozialpolitische und kulturelle Errungenschaften der letzten 10 Jahre. Mehr als 100 000 Arbeitnehmer des Mehl- und Zuckerverarbeitenden Gewerbes haben durch diesen gesetzlichen Eingriff menschenwürdige Verhältnisse erhalten. Anzuweisen ist das deutsche Beispiel auf andere Länder übergegangen und die internationale Arbeiterkonferenz zu Genf hat im Jahre 1928 eine Konvention beschlossen, die das ganze Welt vertritt, das deutsche Beispiel nachzumachen. 10 Jahre besteht jetzt dieses gesetzliche Verbot bei der Nacht und an Sonntagen und jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß es

dem gesamten Bäckereigewerbe dabei nicht schlecht gegangen ist. Gegenteil läßt sich feststellen. Das Gewerbe sah sich auf dieser Umstellung genötigt, sich die Erzeugnisse der Tag und Nacht zu machen. Die Verhältnisse der Bäckereifachleute sind heute mit die besten unter allen Handwerksbetrieben. Wohlstand im Bäckerei- und Konditoreigewerbe läßt sich zahlenmäßig nachweisen, er ist übrigens so offensichtlich, daß sich besondere Ausführungen erübrigen. Wenn trotz alledem immer wieder neue Klagen aufkommen, die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen zu bauen, dann dürfte es kaum einem Zweifel unterliegen, daß hinter diesen Klagen andere Absichten verbergen. Es nicht die Liebe zu dem konsumierenden Publikum, sondern es mehr Egoismus und Profitlust.

Diese Tatsache läßt sich am besten daraus ersehen, daß es sich viel weniger die Konumenten als vielmehr die Bäckereifachleute selbst sind, die fortgesetzt und immer wieder das Nachbaterbot annehmen. Eingaben über Eingaben, Druckschriften in stielich umfangreicher Form und Zahl liegen bei den Ämtern der gesetzlichen Verordnungen. Sie sind nicht von den Konumenten, sondern von den Produzenten und weitergeleitet worden. Bisher diese Bemühungen erwünschten Erfolgs nicht gebracht haben, wird jetzt in Zeiten, wo die niedrigen Zinssätze der Menschheit anverleitet, Bäckereifachleute, die sich entschieden dagegen verweigert, daß mit ihren Verfeuern gemeinsam ihre Menschenrechte beseitigen hat zu dem konsumierenden Publikum soviel Vertrauen, daß es bestimmt dieses Verhalten nicht billigt. Diejenigen Menschen, welche nur des Unmaßes Willen die Bäckereifachleute in fluchwürdigen Verhältnissen der regelmäßigen Nacharbeit zu überdauern hineinzuwollen, damit schließlich gewisse Vorteile des Gemeinwells besser betrieblidit werden, stehen so bereit, daß es einer Betäubung gleich kommt, wenn man ein solches frechen der Gelamtheit unterwirft. Wohl laut der Artikel, die man wolle nicht die Nacharbeit, sondern einen früheren Arbeitsbeginn, als wie um 5 Uhr morgens, man verschmäht jedoch unweilich dabei die Tatsache, daß bei dem jetzigen Arbeitsbeginn 5 Uhr, die Betriebskontrolle über die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeitvorschriften schon auf das äußerste erschwert ist, bei einem noch früheren Beginn überhaupt nicht mehr durchgeführt werden kann. Diese Ansicht wird nicht allein von der Arbeiterschaft, sondern auch von der Behörde und allen Stellen, welche mit der Durchführung und Überwachung des Bäckereifachgesetzes betraut sind.

Aus diesen Gründen erwartet die Arbeitnehmerschaft des Mehl- und Zuckerverarbeitenden Gewerbes zuversichtlich, daß das konsumierende Publikum ihrer Lage Verständnis entgegenbringt und den Bestrebungen der Bäckereifachleute und ihrer Innungsverbände die Unterstützung verleiht. Es ist damit nicht nur alle Arbeitnehmern des Gewerbes, sondern auch der Allgemeinheit nicht zu unterschätzender Dienst erwiesen, weil die Verbehalten der Nacht- und Sonntagsarbeit, die beste Gewähr dafür ist, daß die soziale und Reinlichkeit bei der Backwarenherstellung in ausreichendem Maße gesichert sind, als das früher der Fall war, wo die Nacharbeit zufällig war.

die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind Anlage und Reigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend. An s m a n n

Karlsruher Polizeibericht

Verkehrsunfälle:

Gestern nachmittags geriet in der Kaiseralle bei der StraÙe ein verkehrter 43 Jahre alter Malermeister mit seinem Fahrrad aus Unvorsichtigkeit unter einen Straßenbahnwagen. Er kam unter die Trittbretter zu liegen und wurde durch zwei schwere Querschnitte am Kopf davon. Ein Verlebenswagen brachte den Verunglückten sofort in das Rädt. Krankenhaus in Lebensgefahr befehlt nicht.

Gestern abend wurde ein in der Hochbahnstraße verkehrter und unbelichtet aufgefahres Verlebenswagen von einem Kammerausgerast, etwa 15 Meter weit geschleift und zertrümmert. Auf dem wurde dabei der Lichtmast einer Bogenlampe am FuÙe zertrümmert.

Verarmaltungsverfahren

Seute früh gegen 5 Uhr suchte ein 28 Jahre alter Mann, im Kriegsstraße eine ledige 25 Jahre alte Arbeiterin von hier, als seine unünftlichen Anträge ablehnte, zu verarmalten. Es entspann sich ein Kampf, wobei sie geschlagen und zu Boden geworfen wurde. Auf ihre Differenz hin aber ließ der Täter ab und suchte die Weite.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte

Auch heute hat sich die Lage des osteuropäischen Hochgebietes so wenig verändert, daß wir mit der Andauer der bisherigen Verlaufe rechnen können. Die atlantische Zirkone ohne unsere Witterung wesentlich zu beeinflussen, nach Nordosten voranzuschieben. Voraussichtliche Witterung für Sonntag, 7. Oktober: Fortwährend schönes Verbleiters, meist heiter, trocken. In freien Gegenden Nachtfrost.

Wasserstand des Rheins

Basel 33, gef. 7; Schutterinsel 90, gef. 9; Rehl 208, gef. 8; Mannheim 382, gef. 10; Mannheim 256, gef. 15; Caub 168, gef. 9; timeter.

Werb bannst du Laisungsbefähigt?

Nicht die eigene Fabrik, nicht rühmende Anpreisungen, nicht die Jahre des Bestehens

sondern grösste Auswahl durch raschen Umsatz stets

das Neueste in allen Artikeln, nur Qualitätsware zu in Wirklichkeit billigen Preisen!

Wir reden nicht nur von Vorteilen, sondern jeder Kunde genießt sie bei uns tatsächlich.

Besichtigen Sie unsere anerkannt vorbildlichen Dekorationen und lassen Sie sich von uns unverbindlich beraten.

Decken Sie Ihren Bedarf in

Gewinnen, Dekorationen, Florab, sämtlichen Gewinnstoffen, Ball-, Tisch- u. Dinowandeln im feinsten

Gardinen-Spezialhaus

GEBR. KAUL KARLSRUHE

Unterhalb des Marktplatzes KAISERSTRASSE Nr. 109 zwischen Adler- und Kronenstrasse



Kratz

Solinger Spezialist // Das populäre Waldstr. 41. gegenüber der Hofapotheke. Fachgeschäft für

Bestecke, Scheren, Taschenmesser, // Rasiermesser, Maniküre, etc.

Kratz

Kleine badische Chronik

Mörsch. Nicht weit vom Dorf liegt der Turn- und Sportplatz der Freien Turnerschaft. Auf demselben wird eine Turnhalle erstellt, zu der die Pläne genehmigt sind und auch die Konzession zwecks Offenhaltung einer Kantine vom Bezirksrat ebenfalls erteilt ist.

Heidelberg, 5. Oktober. Die Jagdverwaltung hiesiger Gemarkung fand am Donnerstag nachmittags 3 Uhr auf dem Rathaus in Heidelberg statt.

Lehr. Einem 11 Jahre alten Knaben aus Sträßburg, der seine Schulfreunde bei seinen Großeltern hier verbrachte, wurde beim Spielen ein großes Stück Holz auf den Fuß geworfen.

Mörsch. Der 11 Jahre alte Sohn eines Gartenwärters spielte mit einem Hund, der in seiner Freude immer an dem Jungen heraufsprang.

Freiburg i. Br. Donnerstagabend nach 8 Uhr ereignete sich an der Straßensprengung Basler- und Goethestraße wieder einmal ein Autowagenstöß.

Heberlingen. Der Landwirt Fischer, dessen in der sogenannten Schiefe gelegenes Anwesen vor kurzem niederbrannte, wurde erneut verhaftet.

Simoldingen (Amt Vörsach). Beim Karussellfahren löste sich die Spertheile eines Eises während voller Fahrt. Ein junger Mann wurde vom Eise mit solcher Wucht in die umstehenden Zuschauer hineingeworfen.

Vörsach. (Schweres Kraftwagenunfall.) In Tümmingen richtete ein Brauerkraftwagen großes Unheil an. Aus noch nicht geklärt Ursache verlor der Führer die Gewalt über den schweren Wagen.

Wesenweiler a. Kaiserstuhl. Die Entsumpfung des Wajenweiler Rieds wird im laufenden Jahre mit einem guten Ertrag an Feldfrüchten belohnt.

Vom Schluchsee. Nachdem nunmehr auch der Badische Landtag seine Zustimmung zum Ausbau des Schluchseerwerks erteilt hat, muß man sich mit der Veränderung des Landschaftsbildes im Schluchseegebiet vertraut machen.

Friedrichsfeld (Baden). Der 15jährige Schnitzlehrer Hans Wüsch nicht im Saal mit einer Schutzwaffe auf das Mädchen seines Meisters.

St. Leon (Wiesloch). In den Gemärgen Rot und St. Leon sind in der Nacht zum Sonntag einige Keder Tabak ertroren.

Kloster Reichenbach. Am Montag nachmittags fuhr ein von Schwäbisch Gmünd kommendes französisches Auto zwischen Kloster Reichenbach und Heßloch bei dem Bau der Verbreiterung der Straße auf einen Sandfahnen.

Ein internationaler Kultur-Tonfilm der Japan. Wie uns die Karlsruhe Vertretung der Hamburg-Amerika Linie, die Firma G. B. Dietz, Kaiserstraße 215, mitteilt, hat die Hamburg-Amerika Linie mit Unterstützung zahlreicher Staaten

Weinverkäufe. In den Orten Dingsweier, Rippenheim, Mündweier, Badburg und Ringsheim, in denen die Weinlese zum größten Teil schon beendet ist, wurden Weinverkäufe von 120 # ca. für das Dem getätigt.

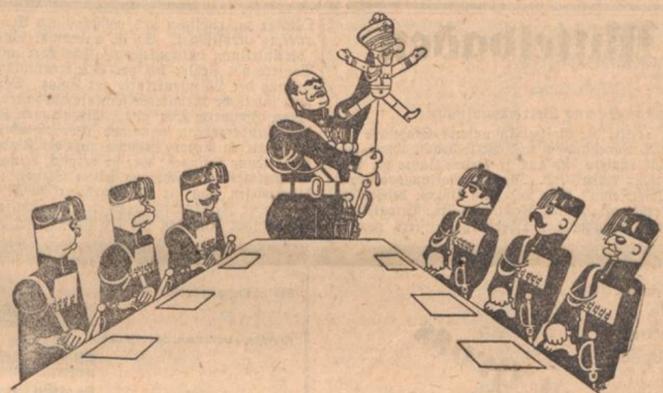
Meruntertänigtes aus der Republik

Ein Richter gibt im Kölner Tageblatt Proben aus Gnadengebüchen, die zeigen, wie tief der Untertaneninn noch bei vielen Staatsbürgern der Republik liegt. Das der Reichspräsident als "Meiner Landesvater" bezeichnet wird, mag noch hingehen.

dem ich mich, umgeben von schlechten Gefellen, zu dem höchst unseligen Schritt verleiten ließ, in meinem Gedächtnis." Und ein anderer: "Ich möchte bitten, mir armen Sünder die Strafe zu mildern. Ich beichte euch Herren meine Sünden unter Tränen und brechenden Herzens."

Table with exchange rates for Berlin Devisennotierungen (Mittelfuß). Columns include location (Amsterdam, Italien, London, New York, Paris, Prag, Schweiz, Spanien, Stockholm, Wien) and rates for 4 and 5 Oct.

Der faschistische Großrat.



Mussolini hat sich zum Cäsar gemacht. Aber die Monarchie bleibt dank ihrer „mythischen Verbundenheit“ mit dem Volke bestehen.

Und jetzt die neue Herrenkleidung für Herbst und Winter

Wir bitten Sie vollkommen unverbindlich unsere Herbst- und Winter-Neuheiten moderner erstklassiger Herrenkleidung zu besichtigen.

Herren-Anzüge 1- und 2 reinig. mod. Farben 36.- 48.- 54.- 66.- 72.- 88.- und höher

Herren-Unter u. Paletot mod. Muster erstk. Assise 45.- 58.- 68.- 75.- 85.- 92.- und höher

Beachtenswerte Angebote Knaben- und Jünglingsbekleidung

Mees & Löwe (Inh.: Adolf Löwe) Karlsruhe i. B. • Kaiserstraße 46 Sonntag, 7. Okt. von 3-6 Uhr geöffnet

Bestellt den Wahren Jakob

Strauß bietet an:

Erste Qualitäten! Billigste Preise!

- K'Wäscheide Florsohle Hochferse, alle Farb. Die Reklamequalität ... 1.95
Bembergseide feinmaschig, Florsohle u. Ferse mit Extra Zehenverstärkung, Silberstempel ... 3.45
Goldstempel ... 4.25
K'Wäscheide mit Flor plattiert, der beste Übergangsstrumpf ... 3.25
Desgl. mit Wolle ... 4.75
reine Wolle ... 4.50 3.50 2.45

Sonderposten! Unterziehstrümpfe

- baumwolle 1/1 gestrickt, Gr. 1 65
Steigerung pr. Gr. 10
reine Wolle 1/1 gestrickt Gr. 1 1.55
Steigerung pr. Gr. 15
Herren-socken reine Wolle, einfarbig, Ia Qualität 2.45
desgl. moderne Jacquardmuster 3.60 2.95
Flor und Maceo von ... 95 an

Strickwaren in größter Auswahl, zu ganz besonders billigen Preisen!

Julius Strauß Modewaren - Kaiserstraße 189

